

Unser Land modern und sozial gerecht gestalten



Argumente

Anträge

Aussichten

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD

Herausgeber:	SPD-Landtagsfraktion Konrad-Adenauer-Str. 12 70173 Stuttgart Tel. 0711 2063-728/711 Fax 0711 2063-710/714 zentrale@spd.landtag-bw.de www.spd.landtag-bw.de
Verantwortlich:	Martin Körner
Konzept & Redaktion:	Martin Mendler
Texte:	Sebastian Altemüller, Dr. Horst Glück, Raiko Grieb, Dr. Andreas Grünupp, Michael Mayer, Martin Mendler, Nils Opitz-Leifheit, Gitta Schwarzer, Helmut Seidel, Helmut Zorell
Assistenz:	Ulrika Plasa, Daniel Henrich
Gestaltung & Herstellung:	Werbeagentur KNOW-HOW, Herrenberg
Bildnachweise:	Panthermedia: M. Berg, R. Kneschke, T. Lammeyer, J. Wulf, J. Alonso, S. Schritt, U. Heinelt, M. Kauf, W. Pilsak, R. Karschti, B. Kröger, K. von Aspern, K. Eckhardt, G. Georgiew, H. Richter, U. Jacobs, D. Jehring, P. Fischer, D. Zitto, M. Boschi, S. Seemann, S. Schaefer, C. Torenz, H. Pflieger, H. Bechheim, L. Banneke- Wilking, M. Berg, S. Diedrich, F. Keschull, F. Röder, M. Krüttgen, F. Röder, M. Dietrich, A. Greiner Adam, B. Schneider, M. Herby, P. Ramakers, E. Hintz, W. Ise, A. Antl, F. Röder, H. Boekhoff, K. Adler, A. Ludewig, M. Heggie, N. Fingerhut, S. Witter, T. Liebkind, E. Tomasi, Landesmedienzentrum (S. 41), Fotofinder: A1PIX/BRI, Fotolia, Marian Mocanu, Frederico di Campo, Pavel Losevsky, Susanne Güttler, Phototom, Michael Schmidt-Ott, Tanja Bagusat, Smileus, parazit
Stand:	August 2009 5. aktualisierte Auflage

Um die Lesbarkeit der Texte zu verbessern und Platz zugunsten einer ansprechenden Gestaltung zu sparen, verwenden wir weitgehend nur die männliche Schreibweise. Wir bitten um Verständnis.

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information.
Parteien dürfen sie nicht als Wahlwerbung verwenden.

WACHSTUM, WOHLSTAND UND ARBEIT	Seite	5
Arbeitsmarktpolitik	Seite	6/7
Mittelstand und Handwerk	Seite	8/9
Konjunkturprogramm	Seite	10
Industriepolitik	Seite	11
Technologiepolitik	Seite	12
Energiepolitik	Seite	13
Fachkräftemangel	Seite	14
Umweltpolitik	Seite	15/16
Agrarpolitik	Seite	17
Naturschutz	Seite	18
Klimaschutz	Seite	19/20
Tourismus	Seite	21
Landesstraßen	Seite	22
Verkehrsprojekte	Seite	23
ÖPNV	Seite	24/25
BESSERE BILDUNG UND GLEICHE LEBENSCHANCEN	Seite	26
Ausbildungsplätze	Seite	27/28
Individuelle Förderung	Seite	29/30
Schulentwicklung	Seite	31
Schulstruktur	Seite	32/33
Unterrichtsversorgung	Seite	34
Elementarbildung	Seite	35/36
Hochschulfinanzierung	Seite	37/38
Familienförderung	Seite	39/40
Wohnungsbau	Seite	41
Gleichstellung	Seite	42
Integration	Seite	43
SOZIALE GERECHTIGKEIT UND AKTIVE TEILHABE	Seite	44
Demografischer Wandel	Seite	45
Gesundheit	Seite	46
Behindertenpolitik	Seite	47
Pflege	Seite	48
Daseinsvorsorge	Seite	49
Innere Sicherheit	Seite	50/51
Jugendpolitik	Seite	52
Sportförderung	Seite	53
Verbraucherschutz	Seite	54
Datenschutz	Seite	55
Kulturpolitik	Seite	56
Finanzpolitik	Seite	57
Parlamentsreform	Seite	58
Medienpolitik	Seite	59
Europa	Seite	60

Liebe Leserinnen und Leser,

als führende Oppositionsfraktion im Landtag ist es die vornehmste Aufgabe der SPD, zur Politik der schwarz-gelben Landesregierung klare Alternativen zu formulieren. Wir verstehen uns als gestaltende Kraft, die sich mit der Landesregierung im Wettbewerb um die besseren Lösungswege für Baden-Württemberg befindet.



Wir kommen der klassischen Funktion der Opposition, die Regierung zu kontrollieren, offensiv und hartnäckig zugleich nach. Aber die SPD beschränkt sich keineswegs darauf. Vielmehr wollen wir mit zukunftsweisenden, konstruktiven Politikangeboten den Wandel mit gestalten, und zwar modern und sozial gerecht, damit die Menschen auch morgen und übermorgen gerne in diesem Land leben.

Diesen Anspruch dokumentieren wir auch in der aktualisierten Neuauflage dieses Broschürenklassikers. Sie gibt Ihnen einen Überblick über die Ziele, Forderungen und Initiativen der SPD auf zentralen Feldern der Landespolitik. Der programmatische rote Faden lässt sich in vier zentralen Botschaften zusammenfassen:

- *die SPD will hohen Wohlstand und gute Jobs für alle durch qualitatives Wachstum;*
- *die SPD tritt ein für den vorsorgenden Sozialstaat und für den Gestaltungsanspruch der Politik;*
- *die SPD setzt sich ein für bessere Bildung, gleiche Lebenschancen und starke Familien und*
- *die SPD steht für aktive Teilhabe der Menschen und für die solidarische Bürgergesellschaft.*

Wenn Sie in ein Thema tiefer einsteigen wollen, dann helfen Ihnen die Hinweise auf Parlamentsanträge der SPD und auf informative Angebote im Internet. Wir sind dankbar für Ihre kritischen Anregungen. Denn wir wollen unsere Politik im Dialog mit den Menschen in unserem Land weiterentwickeln. Im Impressum finden Sie alle Personen und Nummern, die Ihnen für Anfragen offen stehen.

Am meisten würde mich natürlich freuen, wenn Sie uns nach der Lektüre zustimmen: Jawohl, die SPD fährt in Baden-Württemberg einen modernen und sozial gerechten Kurs - zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen.

*Es grüßt Sie recht herzlich
Ihr*

*Claus Schmiedel MdL
Fraktionsvorsitzender*

Wachstum, Wohlstand und Arbeit in einer solidarischen Gesellschaft

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle sind zentrale Ziele sozialdemokratischer Politik. In der Vergangenheit ist Fortschritt vor allem als quantitatives Wachstum verstanden worden. Viele Jahre vor der politischen Konkurrenz ist uns klar geworden, dass es um mehr geht. Wir wollen dem Fortschritt eine neue, zukunfts-taugliche, also nachhaltige Richtung geben.

Dass wir insgesamt gesehen ein reiches Land sind und in vielen Bereichen mit an der Spitze stehen, ist kein Naturgesetz, das ewig gelten muss. Veränderungsbereite Politiker, innovative Unternehmer und fleißige Arbeitnehmer müssen die Ärmel hochkrepeln, damit wir auch künftig im härter werdenden Wettbewerb bestehen können.

Die SPD will nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Menschen sollen ihren eigenen Lebensunterhalt durch gute und anständig bezahlte Arbeit verdienen können. Jeder Mensch soll einen gerechten Anteil am erwirtschafteten Reichtum erhalten. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen dürfen dabei nicht zu Lasten kommender Generationen gefährdet werden.

Die Globalisierung sozialverträglich zu meistern, wird nicht einfach. Sie in den Dienst des Menschen zu stellen, betrachten wir als unsere Aufgabe. Die Globalisierung eröffnet Baden-Württemberg Chancen für neue Arbeitsplätze und neuen Wohlstand. Damit sie genutzt werden können, brauchen wir einen ordnungspolitischen Rahmen, der dem zügellosen Wettbewerb Grenzen setzt, langfristiges Wachstum befördert und die Fixierung auf den kurzfristigen Profit überwindet.

Märkte bedürfen der politischen Gestaltung - im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus. Das ist die Lehre

aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die SPD will einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft. Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens muss wieder der langfristige, nachhaltige Erfolg stehen. Alle Anreize werden darauf ausgerichtet - von Bilanzregeln bis Managergehältern. Nachhaltigkeit und Sozialpartnerschaft müssen Leitbilder der Unternehmensführung werden, nicht kurzfristige und überzogene Renditeziele.

Für die SPD gilt seit langem: so viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig. So wollen wir keinen Wettbewerb durch Dumpinglöhne und setzen uns deshalb für starke Gewerkschaften, Mitbestimmung, Mindestlöhne und eine mittelstandsfreundliche Auftragsvergabe ein.

Der Staat kann und soll die Märkte nicht ersetzen. Aber er kann Leitmärkten Impulse geben, industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit Wirtschaft und Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Der Staat muss seine Mittel und Instrumente bündeln - von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte.

Die Chance unseres exportorientierten Landes liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit anwenden lassen. Damit neue Ideen rasch in neue Produkte und neue Arbeitsplätze umgemünzt werden, muss Politik dafür sorgen, dass sich Forschung, Produktentwicklung und unternehmerische Investitionen eng miteinander vernetzen. Wir wollen unseren industriellen Mittelstand befähigen, zum Ausrüster der Welt mit neuen Technologien für mehr Energie- und Rohstoffeffizienz zu werden.

Gemeinsam können wir Baden-Württemberg stärker, moderner und solidarischer machen.

Beschäftigung gezielt fördern, Arbeitnehmerrechte sichern, Mindestlohn einführen

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist und bleibt das zentrale Ziel der SPD. Die im Bundesländervergleich vergleichsweise guten Arbeitsmarktzahlen des Landes dürfen nicht den Blick dafür trüben, dass es auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt besondere Probleme gibt, die einer spezifischen landespolitischen Antwort bedürfen. So sticht etwa in Baden-Württemberg der vergleichsweise hohe Anteil an An- und Ungelernten unter den Arbeitslosen hervor.

Um diese spezifischen Probleme in den Griff zu bekommen, wurden in Baden-Württemberg seit Anfang der neunziger Jahre die beiden Förderprogramme "Jugend-Arbeit-Zukunft" und "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" aufgelegt. Diese Förderprogramme ergänzten und erweiterten die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit und die Mittel der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Sozialfonds. Noch im Jahr 2000 wurden im Rahmen des Programms "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" in 78 Projekten Beschäftigungsmöglichkeiten für rund 1.900 Langzeitarbeitslose geschaffen. Im Programm "Jugend-Arbeit-Zukunft" fanden in 184 Projekten rund 3.800 Jugendliche eine Beschäftigung.

Von dieser sinnvollen und erfolgreichen Förderung ist infolge des Kahlschlags der Landesregierung nicht mehr viel übrig geblieben. Sie hat die Fördermittel zur beruflichen Eingliederung Arbeitsloser, mit denen die beiden erfolgreichen Programme zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und von jugendlichen Arbeitslosen finanziert wurden, fast vollständig zusammengestrichen. 1996 standen noch fast 20 Millionen Euro für die Lan-



desarbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Im Jahr 2008 ist diese Summe auf einen kümmerlichen Rest von gerade einmal 685.000 Euro zusammengeschrunft.

Die SPD will der Landesarbeitsmarktpolitik vor diesem Hintergrund neue Impulse verleihen. Oberstes Ziel dabei ist, normale Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die sozialversicherungspflichtig und mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet sind. Deshalb sollen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht von vornherein befristet werden, sondern auch einen mehrjährigen Verbleib ermöglichen. Vorrang genießt jedoch der Übergang in eine Ausbildung (bei Jugendlichen) bzw. in den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen einen Lohn, der über der Armutsgrenze liegt.

Die Landesarbeitsmarktpolitik soll sich auf die Förderung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen konzentrieren, in denen der Markt nicht stattfindet bzw. versagt und ein öffentlicher Bedarf nach einer Dienstleistung bzw.

einem Produkt besteht und es Arbeitssuchende gibt, die derzeit nicht im ersten Arbeitsmarkt unterkommen. Beispiele dafür sind der Einkaufsladen in Bereichen, wo sich der Markt zurückgezogen hat, der Begleiter im nächtlichen Disco-Bus, der Wächter im städtischen Parkhaus, der Einsatz im Öko-Bereich oder im Pflegebereich.

Die SPD betrachtet den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt nicht als eine Einzelmaßnahme, sondern in konzeptioneller Verflechtung mit anderen Maßnahmen. Tarifautonomie und Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen sorgen für einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wir wenden uns deshalb gegen Einschränkungen der Tarifautonomie und gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Gesicherte Arbeitnehmerrechte, starke Gewerkschaften und gute soziale Standards sind ein entscheidender Standortvorteil für unser Land.

Eine gute Arbeit verdient auch einen gerechten Lohn. Menschen, die einer Vollzeit-erwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Deshalb setzt sich die SPD für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ein, den es zum Beispiel in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien oder den USA längst gibt.

Internet

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/ArbeitsmErwerb/
Daten zu Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg

www.perspektive50plus.de
Portal des Bundesarbeitsministeriums zum Programm für Ältere

www.inqa.de
Gemeinschaftsinitiative aus Bund, Ländern, Sozialpartnern, Sozialversicherungsträgern, Stiftungen und Unternehmen zu guten Arbeitsbedingungen

www.arbeitsmarktreform.de
Homepage des Bundesarbeitsministeriums zu den Arbeitsmarktreformen

www.mindestlohn.de
Portal des DGB zur Einführung eines Mindestlohns

Parlamentsanträge der SPD

22.04.2009	Drucksache 14/4370	Reform der Jobcenter darf nicht scheitern Förderung der Weiterbildung während Kurzarbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds
04.03.2009	Drucksache 14/4117	
25.07.2008	Drucksache 14/3090	Die soziale Verantwortung des Landes als Unternehmer

Unseren Jobmotor auf Touren bringen

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass der Mittelstand in Deutschland neben seiner herausragenden Rolle für Innovationen der Jobmotor schlechthin ist. Nicht umsonst titelt die KfW Bankengruppe in einer Untersuchung aus 2006: "Mittelstand: Jobmotor der deutschen Wirtschaft".

Während Großunternehmen und der öffentliche Dienst im Zeitraum von 2003 bis 2005 in Deutschland zwischen 100.000 und 300.000 Beschäftigte abgebaut haben, schuf der Mittelstand hingegen 400.000 neue Arbeitsplätze. Wenn es darum geht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind also die kleinen und mittelgroßen Betriebe die richtigen Ansprechpartner. Sie sind es, welche Unterstützung durch die Landespolitik verdienen, nicht zuletzt weil Handwerker und Mittelständler nach wie vor auch die meisten Ausbildungsplätze anbieten.

Mit Erfolg hat sich die SPD auch dank breiter Unterstützung von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und kommunalen Landesverbänden für faire Wettbewerbsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stark gemacht. So wurden im Januar 2008 in Baden-Württemberg die Wertgrenzen, die die jeweilige Vergabeart definieren (öffentliche oder beschränkte Ausschreibung bzw. freihändige Vergabe) nahezu verdoppelt. Im März 2009 sind sie auf Druck der SPD in Baden-Württemberg erneut um ein Vielfaches erhöht worden, nachdem bereits im Januar der Bund im Zuge der Umsetzung seines Konjunkturprogramms die Grenzen für die Vergabe seiner Aufträge angehoben hatte. Befristet für zwei Jahre haben die Kommunen im Land nun einen breiten Spielraum, ihre Leistungen an das örtliche Handwerk zu vergeben.



Dass etwa im Baubereich nun bis zu einer Höhe von 1 Mio. Euro nicht mehr öffentlich ausgeschrieben werden muss, sondern das schnellere Verfahren einer beschränkten Ausschreibung gewählt werden darf, bewirkt in Zeiten der Krise nicht nur einen schnelleren Abfluss der Konjunkturmittel. Es stellt auch sicher, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort erhalten bleiben. Das ist auch der Beweggrund, warum sich die SPD gegen Public-Private-Partnership-Verfahren oder Vergaben öffentlicher Aufträge an Generalunternehmen stellt. Es ist das Handwerk, das direkt zum Zuge kommen soll, und nicht anonyme Investoren oder Baukonzerne, die unsere Handwerker vor Ort zu schlechten Bedingungen lediglich als Subunternehmer beauftragen.

Auch auf Bundesebene hat sich die SPD für Handwerk und Mittelstand engagiert. Die Rahmenbedingungen sind spürbar verbessert worden. Dies ist vor allem ein Verdienst der Steuerreform 2000, die den Mittelstand durchschnittlich um 12 Mrd. Euro entlastet hat, und der Unternehmensteuerreform, die seine Eigenkapitalbasis stärkt und Investitionen zugute kommt. Aber auch die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen, die

im Rahmen der Konjunkturpakete der Bundesregierung 2008 erneut erhöht wurde, hat viele Betriebe gestärkt.

Auch die Stärkung des mittelständisch geprägten Einzelhandels in den Innenstädten gegenüber der Konkurrenz auf der grünen Wiese liegt der SPD am Herzen. Dafür eignet sich ein innovatives städtebauliches Instrument, der sogenannte Business Improvement District (BID). Hierbei handelt es sich um speziell ausgewiesene umgrenzte Stadtviertel, in denen Ladenbesitzer, Grundstückseigentümer und Vertreter der Kommune gemeinsam Maßnahmen zur Aufwertung eines Quartiers planen und diese durch eine Abgabe auch finanzieren. Auf diese Weise kann die Standortqualität und damit die Vitalität innerstädtischer Geschäftsquartiere gesichert oder zu neuem Leben erweckt werden.

Die SPD hat die Landesregierung aufgefordert, für BIDs endlich, wie in anderen Bundesländern bereits geschehen, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Internet

www.handwerk-bw.de
Jede Menge Angebote des Baden-Württembergischen Handwerkstags

www.newcome.de
Existenzgründung und Unternehmensnachfolge in Baden-Württemberg

www.dienstleistungsinitiative.de
Dienstleistungsinitiative des Landes

www.bw.ihk.de
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag

www.bid-aktuell.de
Plattform der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing zu Business Improvement Districts

Parlamentsanträge der SPD		
02.07.2009	Drucksache 14/4765	Forschungshäuser für die mittelständische Industrie an Hochschulen und Forschungseinrichtungen
09.04.2009	Drucksache 14/4350	BW in einer schweren Rezession: Den industriellen Mittelstand mit einem "Baden-Württemberg Fonds" unterstützen
19.01.2009	Drucksache 14/3877	Die Konjunkturkrise erfolgreich überwinden: Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts in BW
18.12.2008	Drucksache 14/3818	Mittelstandsfreundliche Ausschreibung bei Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
08.12.2008	Drucksache 14/3731	Keine Public-Private-Partnership-Projekte des Landes auf Kosten des heimischen Handwerks und Mittelstands

In der Krise muss der Staat helfen

Baden-Württemberg ist aufgrund seiner industriellen Struktur und seiner Exportabhängigkeit von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Die SPD war die erste Fraktion, die deshalb ein Konjunktur- und Strukturprogramm des Landes zur Abmilderung der Krisenfolgen vorgeschlagen hat. Notwendige, aber immer wieder verschobene öffentliche Investitionen in die Infrastruktur sollten vorgezogen werden und damit für zusätzliche Beschäftigung für Mittelstand und Handwerk sorgen. Die Landesregierung hat schließlich diese Forderungen weitgehend aufgegriffen.

Das Landesprogramm konnte mit dem Konjunkturprogramm des Bundes verzahnt werden und damit mehr als 2,1 Mrd. Euro für Baden-Württemberg bereitstellen. Der Bund steuert dabei mit 1,238 Mrd. Euro den Löwenanteil bei. Rund 500 Mio. Euro sind kommunale Gelder. Das Land selbst beteiligt sich aus eigenen Mitteln lediglich mit 350 Mio. Euro.

Als zweiten Schwerpunkt zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung hat die SPD frühzeitig eine massive Aufstockung des Bürgerschaftsrahmens des Landes gefordert. Im Kern gesunde Unternehmen, die durch die Wirtschaftskrise in kurzfristige Liquiditätsprobleme gekommen sind, erhalten mit diesem Instru-



ment Überbrückungshilfen und können Arbeitsplätze retten. Auch in diesem Bereich ist die Landesregierung nach einigem Hin und Her letztendlich gesprungen.

Ein dritter Pfeiler im SPD-Konzept zur Stabilisierung der Wirtschaft ist die Einrichtung eines zusätzlichen Eigenkapitalfonds bei der landeseigenen L-Bank. Mit diesem Fonds soll denjenigen gesunden, zukunftsfähigen Unternehmen im Land zeitlich befristet geholfen werden, deren Eigenkapital durch die Krise soweit abgeschmolzen ist, dass eine Stabilisierung über Kredite am fehlenden Eigenkapital zu scheitern droht. Mit einem solchen Beteiligungsfonds sollen keine Steuergelder verwendet werden. Die L-Bank soll das hierfür notwendige Geld am Kapitalmarkt aufnehmen und sich durch den Preis für die Eigenkapitalhilfen refinanzieren. Eventuellen Abschreibungen bei einzelnen gescheiterten Unternehmen stehen Gewinne durch die Beteiligung bei erfolgreichen Unternehmen entgegen.

Parlamentsanträge der SPD

01.07.2009	Drucksache 14/4761	Gebühren und Ausfälle bei Landesbürgerschaften
09.04.2009	Drucksache 14/4350	BW in einer schweren Rezession: Den industriellen Mittelstand mit einem "Baden-Württemberg Fonds" unterstützen
17.12.2008	Drucksache 14/3788	Kreditklemme bekämpfen: Kreditmoderatoren schaffen unmittelbar Zugang zu Krediten und Bürgschaften

Globalisierung mit innovativen Produkten und qualifizierten Arbeitnehmern meistern

Baden-Württemberg ist das Industrieland schlechthin. Immerhin 1,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hierzulande in der Industrie tätig. Bezogen auf die Zahl der Einwohner sind das 50 Prozent mehr als im bundesweiten Vergleich. Die Industrie ist zugleich der wichtigste Auftraggeber für Mittelstand und Handwerk. Der Maschinenbau, die Automobil- und Elektroindustrie sind also nach wie vor die Garanten unseres Wohlstands. Aber der Strukturwandel schreitet voran. Jahr für Jahr gehen Tausende von Arbeitsplätzen für eher gering Qualifizierte verloren. Gleichzeitig nimmt die Beschäftigung zu. Hoch qualifizierte Tätigkeiten bleiben auf Wachstumskurs, während es für gering Qualifizierte immer schwieriger wird, einen Arbeitsplatz zu finden.

Aufgabe der Landespolitik ist es, diesen Strukturwandel aktiv zu gestalten. Die bereits vorhandenen Stärken müssen wir weiter ausbauen. Regionale Netzwerke zwischen großen und kleinen Betrieben einer Branche, zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie zwischen Wirtschaft und Verwaltung müssen gefördert werden. Es reicht dabei nicht, einmal im Jahr einen Automobilzulieferer tag zu organisieren.

Die Qualifikation der Arbeitnehmer muss auf einem hohen Niveau gehalten werden. Die ständige Weiterbildung der Mitarbeiter muss endlich einen zentralen Stellenwert bekommen. Nur so schaffen es Betriebe, technologisch weltweit führend zu bleiben.



Im globalen Wettbewerb um die besten Produkte und die besten Dienstleistungen kann unser Land nicht auf eine Strategie der Kostensenkung setzen. Wir müssen besser und schneller sein als andere, nicht billiger. Forschung und Entwicklung sowie die Förderung neuer Technologien müssen ins Zentrum einer zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung rücken.

Um die lokale Wirtschaft zu stärken, muss auch die Beschaffungspolitik unserer Kommunen im Land aktiv genutzt werden. Die Sanierung von Schulen, die Anschaffung von Büromöbeln oder der Bau einer Bibliothek - all das sind öffentliche Aufträge, bei dem unser qualifizierter Mittelstand zum Zuge kommen und gute Aus- und Arbeitsplätze vor Ort gesichert werden können. Industriepolitik in Baden-Württemberg muss deshalb eine bewusste Politik für die Industrie sein, die den Leitsätzen folgt: erstens Stärken stärken, zweitens industrielle Leitprodukte identifizieren und fördern, drittens in der Breite qualifizieren sowie viertens öffentliche Beschaffung nutzen.

Parlamentsanträge der SPD

22.07.2009	Drucksache 14/4890	Ziele der Messe Stuttgart und Landeskonzept der Messeplätze
29.01.2009	Drucksache 14/3946	Volksrepublik China als Wirtschaftspartner

Forschungshäuser für den Mittelstand

Technische Kreativität ist das Fundament der baden-württembergischen Industrie. Sie gehört zur Tradition unseres Landes und ist Voraussetzung für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes.

Damit neue, moderne Arbeitsplätze entstehen können, müssen Ideen rasch in neue Produkte umgesetzt werden. In den letzten Jahren ist die Forschungsintensität bei uns indessen eher zurückgegangen. Patentanmeldungen konzentrieren sich zunehmend auf wenige Großunternehmen. Existenzgründungen sind - ausgerechnet bei uns - leider auf ein sehr niedriges Niveau gefallen.

Mit Kürzungen bei der Förderung von Forschungseinrichtungen hat sich die Landesregierung deshalb auf einen Irrweg begeben. Dies wurde ihr schmerzhaft vor Augen geführt, als Einrichtungen damit drohten, in benachbarte Bundesländer abzuwandern. Es ist beschämend, dass eine baden-württembergische Landesregierung so leichtfertig die Zukunft des Standortes riskiert.

Um den Zugang vor allem mittelständischer Unternehmen zu neuen Forschungsergebnissen zu erleichtern, schlägt die SPD die Einrichtung von Forschungshäusern für den Mittelstand



vor. Gerade der Mittelstand kann sich häufig keine eigenen Forschungsabteilungen leisten. Die SPD sieht deshalb in der Einrichtung der von ihr geforderten Forschungshäuser eine zukunftsweisende institutionelle Innovation.

Mit ihnen kann nicht nur die Forschungstätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) angeregt, sondern darüber hinaus die Barriere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft überwunden werden. Forschungshäuser sind nach der Vorstellung der SPD an den Hochschulen angesiedelt und bieten insbesondere den KMU offene Plattformen für die Durchführung ihres entwicklungsbezogenen Forschungsbedarfs an. Die Projekte sind grundsätzlich unternehmensgetrieben, sprich die Nachfrage bestimmt, was geforscht wird.

Parlamentsanträge der SPD

02.07.2009	Drucksache 14/4765	Forschungshäuser für die mittelständische Industrie an Hochschulen und Forschungseinrichtungen
18.12.2008	Drucksache 14/3805	Unser Technologieland stärken: Forschung und Produktinnovation in BW enger verbinden
14.07.2008	Drucksache 14/3001	Aktivitäten und Wirkungen des Innovationsrats

Überhöhten Preisen Einhalt gebieten

Noch immer funktioniert der Wettbewerb auf Deutschlands Energiemärkten nicht einwandfrei. Deshalb fordert die SPD seit langem, dass das Landeskartellamt konsequent von seinen neuen Möglichkeiten Gebrauch macht. Versorgern mit überhöhten Gaspreisen muss auf die Finger geklopft und ihr Fehlverhalten publik gemacht werden. Nur so lässt sich dauerhaft Abschreckung bewirken.

Wettbewerbspreise sollten nicht erst rückwirkend durch das Eingreifen des Staates durchgesetzt werden müssen. Vielmehr muss erreicht werden, dass Kunden von vornherein zwischen günstigen Angeboten wählen können. Davon sind wir noch immer weit entfernt. Solange wenige Versorger die Produktion von Energie beherrschen, entwickelt sich kein Markt. Die SPD fordert deshalb die Dezentralisierung der Strom- und Wärmeversorgung, um die Dominanz der Energiekonzerne zu brechen.

Die Stadtwerke spielen hierbei eine besondere Rolle als Stromerzeuger wie auch als Strom- und Gaslieferant. Sie erzeugen durch neue hocheffiziente und klimafreundliche Kraftwärmekopplungsanlagen Strom und Wärme. Die SPD schlägt vor, diese Entwicklung über Investitionszuschüsse zu fördern.

Seit Jahren malen Atomlobby und Landesregierung das Schreckgespenst einer Stromlücke aufgrund des Atomausstiegs an die Wand.



Dabei sind sie es, die den Ausbau der Windenergie und anderer erneuerbarer Energien blockieren und es ablehnen, die Reststrommengen der alten, maroden Atommeiler auf jüngere zu übertragen, die dann länger laufen könnten. Panikmache verbietet sich: Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Steigerung der Energieeffizienz wird eine sichere Stromversorgung gewährleisten.

Trotz aller Bemühungen, die erneuerbaren Energien auszubauen und Energie einzusparen, sind Großkraftwerke noch nicht verzichtbar. Die alten Kohlekraftwerke müssen jedoch durch effizientere Kraftwerke ersetzt werden, solange gewährleistet ist, dass die CO₂-Emission des Kraftwerkparks insgesamt sinkt.

Parlamentsanträge der SPD

16.07.2009	Drucksache 14/4844	Energie vor Ort - auslaufende Konzessionsverträge für Strom und Gas und Neufeststellung der Grundversorger in BW
16.10.2008	Drucksache 14/3383	Der Gasmarkt in Baden-Württemberg

Weiterbildung muss allen offen stehen

Trotz Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit befindet sich Baden-Württemberg in der paradoxen Situation, dass noch immer Fachkräfte fehlen. Dabei ist der Fachkräftemangel nicht nur durch fehlende Ingenieure geprägt, - in Baden-Württemberg fehlen etwa 20.000. Auch Fachkräfte aus anderen Branchen, wie Schweißer, Elektroniker oder Mechatroniker, werden händeringend gesucht. Unternehmen können lukrative Aufträge nicht mehr annehmen. Unserer Wirtschaft entgeht so aufgrund des Mangels an Fachkräften ein Milliardenumsatz.

Was muss getan werden? Auf Initiative des früheren Bundesarbeitsministers Franz Müntefering hat die Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen zur erleichterten Beschäftigung von ausländischen Fachkräften gelegt. Mittel- und langfristig müssen nach Ansicht der SPD Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer höheren Zahl an betrieblichen Ausbildungsplätzen führen und die Fort- und Weiterbildung stärken. Hier versagt jedoch die Landesregierung, wie man an den Kürzungen in der Weiterbildung ablesen kann.

Die Landesförderung wurde seit 1996 um 60 Prozent abgeschmolzen. Der Anteil des Landes beträgt aktuell nur noch 5,8 Prozent. Zum Vergleich: der Bundesdurchschnitt liegt bei etwa 14 Prozent. Gleichzeitig steigt der Anteil



der Teilnehmergebühren an der Finanzierung der Volkshochschulen permanent und beträgt derzeit 57 Prozent, während es bundesweit nur 40 Prozent sind.

Der Weiterbildung in Baden-Württemberg drohe eine "sachlich unreflektierte und sozial ungesteuerte Privatisierung", tadelte der VHS-Vertreter auf einer SPD-Anhörung. Bildungserferne und sozial schwache Schichten werden immer weniger erreicht. Genau diese Gefahr gilt es aus Sicht der SPD zu verhindern. Gefragt sind vernetzte, niedrigschwellige und finanzierbare Weiterbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen. Das Land muss seinen Finanzierungsanteil schrittweise auf den Bundesdurchschnitt hochschrauben. Ein Weiterbildungsgesetz soll den Trägern finanzielle Planungssicherheit geben und den Beschäftigten ein Recht auf Bildungsurlaub einräumen.

Zur Spitze kehren wir nur zurück, wenn wir lebenslanges Lernen fördern und die Weiterbildung nicht durch finanzielle Kahlschläge aushöhlen. Denn immerhin genießt Weiterbildung in Baden-Württemberg Verfassungsrang. Aber das muss man in der Praxis auch spüren.

Parlamentsanträge der SPD

15.12.2008	Drucksache 14/3780	Demokratie lernen und leben - Politische Bildung in Baden-Württemberg
25.09.2007	Drucksache 14/1771	Die Weiterbildung an den Hochschulen und Berufsakademien als ein Instrument gegen den Ingenieurmangel

Umwelt schützen - den Kindern zuliebe

Die Umweltpolitik mit ihren zahlreichen Facetten liegt uns besonders am Herzen. Besondere Schwerpunkte im Land sind die Luftreinhaltung, der Grundwasserschutz, der Flächenverbrauch und der Hochwasserschutz.

Trotz Fortschritten in der Luftreinhaltung kommt es vor allem durch den Straßenverkehr und die Gebäudebeheizung in Ballungsgebieten zu überhöhten Konzentrationen von Feinstaub und Stickoxiden. Strenge EU-Vorgaben sind zwar vorhanden, doch die bestehenden Luftreinhaltungspläne im Land reichen nicht aus. Die bislang eingerichteten Umweltzonen sind so kleinräumig und schließen so wenige Fahrzeuge aus, dass sie kaum Wirkung zeigen. Deshalb müssen, neben der Förderung des ÖPNV, die Umweltzonen vergrößert bzw. mehrere jeweils zusammengefasst und die Ausnahmetatbestände (z. B. für Müllabfuhr, LKW) reduziert werden.

Unser Grundwasser ist mit rund 75 Prozent Quelle für unser Trinkwasser. Deshalb muss es nachhaltig geschützt werden. Da es Verflechtungen der Grundwasserströme mit Schadensquellen gibt, gewinnt der flächendeckende Grundwasserschutz durch vorbeugende Maßnahmen zunehmend an Bedeutung. Die Ergebnisse des bisherigen Grundwasserschutzes sind unzureichend. Die Auflagen in Wasserschutzgebieten sind zu konzentrieren und zugleich zu vereinfachen. Zugleich muss die Entscheidung über konkrete Schutzmaßnahmen stärker regional statt zentral getroffen werden.

Der Landschaftsverbrauch ist nach wie vor ungebremst. Lediglich Wirtschaftsflauten schwächen ihn zeitweise ab. Seine negativen Wirkungen für den Naturkreislauf und den



Wasserhaushalt sind unübersehbar: ökologisch hochwertige und landwirtschaftlich genutzte Flächen werden überbaut und zersiedelt. Oettingers Versprechen eines Nettonull-Flächenverbrauchs ist so weit von der Realität entfernt wie eh und je.

Die SPD will weitere Landschaftsschutzgebiete schaffen, um dem zügellosen Flächenverbrauch Einhalt zu gebieten. Per Gesetz muss die Innenentwicklung vor der Überplanung und Bebauung der "Grünen Wiese" Vorrang bekommen. Der Gesamtverbrauch ist regional durch Obergrenzen zu begrenzen. Für die Genehmigung von Flächennutzungsplänen sollen künftig die Regierungspräsidien zuständig sein.

Hochwasser ist auch bei uns eine bedeutende Gefahr. Der Rückhalt des Wassers durch Versickerung und natürlich überflutete Auenschaften ist nicht mehr gewährleistet. Staustrufen, Begradigungen und Vertiefungen, aber auch die Drainierung landwirtschaftlicher Flächen haben den natürlichen Wasserabfluss beschleunigt. Der Klimawandel hat die Hochwassergefahr weiter verstärkt.

Die SPD fordert daher eine Beschleunigung der Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen an Rhein, Donau und Nebenflüssen. Vor allem das stark im Verzug befindliche Integrierte



Rheinprogramm (IRP) ist zu forcieren, wobei die Maßnahmen an ökologischen Belangen auszurichten sind.

Doch aufgrund spärlicher finanzieller und personeller Ausstattung des Hochwasserschutzes hinkt Baden-Württemberg um etliche Jahre hinter den Planungen zum IRP her. Von den 1988 geplanten 170 Mio. Kubikmetern Rückhaltevolumen wurden nach nunmehr über 20 Jahren gerade einmal knapp 70 geschaffen.

Das nächste große Hochwasser kann uns schon morgen heimsuchen. Deshalb braucht der Hochwasserschutz mehr Haushaltsmittel. Zunächst sollten diejenigen Maßnahmen verwirklicht werden, bei denen die Standortentscheidung wenig umstritten und der Effekt hoch ist.



Internet

www.lubw.baden-wuerttemberg.de
Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de
Hochwasserschutz und -vorsorge in BW

www.um.baden-wuerttemberg.de
Umweltministerium Baden-Württemberg

www.melap-bw.de
Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials

Parlamentsanträge der SPD

29.07.2009	Drucksache 14/4924	Aufgabenfinanzierung im Naturschutz in BW
22.07.2009	Drucksache 14/4889	Lärmschutzmaßnahmen in BW
17.03.2009	Drucksache 14/4209	Den Flächenverbrauch im Land wirksam begrenzen
19.01.2009	Drucksache 14/3863	Investitionen in Hochwasserschutzmaßnahmen in 2009

Landwirtschaft - auskömmlich, regional und umweltschonend

Die SPD steht für eine Landwirtschaft, die den Bauern durch die Produktion hochwertiger Lebensmittel und Rohstoffe wie auch durch die Erzeugung von Energie eine sichere Existenzgrundlage bietet.

Dabei muss die gesamte Landwirtschaft ökologisch ausgerichtet sein. Es reicht nicht aus, allein den Anteil des biologischen Landbaues zu erhöhen. Gleichzeitig spielen neue Standbeine für die landwirtschaftlichen Betriebe eine immer größere Rolle: Die Erzeugung von Energie aus Biogas, Holzpellets, Rapsöl und Photovoltaik ist schon heute für viele zur zweiten Säule der Existenzsicherung geworden. Aber auch der Vertragsnaturschutz, der sanfte Tourismus sowie die Landschaftspflege haben neben der aktiven Selbstvermarktung der Produkte an Bedeutung gewonnen. Die SPD unterstützt diesen Trend, der im Zusammenspiel mit den EU-Agrarreformen dem Bauer auch mehr unternehmerische Freiheit gibt.

Baden-Württemberg mit seinen kleinen Hofflächen ist auf Qualität, Verbrauchervertrauen und Regionalität der Produkte angewiesen. Schon deshalb erteilen wir dem Einsatz der Grünen Gentechnik eine Absage. Die Landesregierung sollte vielmehr alles unternehmen, um die Gentechnikfreiheit zu fördern. Doch bislang lässt sie die Bauern und Verbraucher, die diese Technologie mit übergroßer Mehrheit ablehnen, schmählich im Stich.

Wichtig ist die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, in die die Erzeuger als Vermarkter,



z.B. über Genossenschaften, direkt eingebunden sind. Der Tierschutz in der Nutztierhaltung ist noch nicht zufriedenstellend und daher weiter zu entwickeln. Insbesondere die artgerechte Geflügel- und Schweinehaltung ist stärker zu fördern.

Die Erzeugung von Strom und Wärme aus Biogas und anderer Biomasse erfordert eine bessere Förderung und Beratung vom Land. Hierzu ist ein Kompetenzzentrum mit neutralen Beratungskapazitäten zu schaffen und über die L-Bank ein Beteiligungsfonds zur Bereitstellung von Eigenkapital aufzubauen.

Die aktive Vermarktung der hochwertigen und veredelten Agrarprodukte muss endlich auch im Ausland erfolgen, um neue Absatzmärkte zu schaffen. Denn Produkte aus dem "Ländle" sind vielfach so gut, dass sie auch bei unseren Nachbarn, ja auf der ganzen Welt begehrt sind. Dies gilt für Wein ebenso wie für Fleisch-, Milch- und andere Produkte. Land und Bund sind hier in der Pflicht, ein modernes Marketing aufzubauen.

Parlamentsantrag der SPD

08.04.2009	Drucksache 14/4339	Wald und Waldwirtschaft in BW
------------	--------------------	-------------------------------

Natur schützen - Vielfalt erhalten

Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine reizvolle und vielseitige Landschaft aus und ist überaus reich mit Naturschätzen ausgestattet. Allerdings ist etwa die Hälfte aller vorkommenden Pflanzen- und Tierarten gefährdet. Trotz dieses Alarmsignals fristet der Naturschutz in Baden-Württemberg eher ein Schattendasein. Zunächst wurden 2002 die Bezirksstellen für Naturschutz stark ausgedünnt, dann folgte ihre Auflösung und Verteilung auf die Landratsämter und Regierungspräsidien. Damit wurden die fachlich sinnvollen Teams aus Spezialisten zerstückelt und gleichzeitig wurde die Unabhängigkeit der Naturschutzbehörden geschwächt.

Die Landesregierung legt den Schwerpunkt auf die Ausweisung von Naturparks. Ein Naturpark jedoch ist ökologisch nur so sinnvoll, wie er konzeptionell weiterentwickelt und finanziell ausgestattet ist. Mittlerweile nehmen sieben Naturparke fast 40 Prozent der Landesfläche ein. Diese Ausweisung dient jedoch eher tourismuspolitischen Interessen. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist dies angesichts der knappen Mittel bloßer Etikettenschwindel.

Die Umsetzung von NATURA 2000 erfolgt aus Personalmangel und aus Angst vor Interessenkonflikten mit Kommunen und Landwirtschaft sehr schleppend. Selbst die Anmeldung der FFH- und Vogelschutzgebiete kam erst zustande, als die EU-Kommission bereits mit Strafzahlungen drohte.



Die von der Landesregierung beschlossenen Naturschutzleitlinien sowie der Umweltplan aus dem Jahr 2000 liefern zwar eine gute Analyse und brauchbare Zielsetzungen, lassen aber eine konsequente Umsetzung bislang vermissen. Auch die neue "Biodiversitätsstrategie" zur Eindämmung des Artenschwunds bleibt eine reine Worthülse.

Wirksamer Naturschutz steht nicht im Widerspruch zur Wirtschaft im Land, sondern begünstigt als weicher Standortfaktor die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere den Tourismusbereich. Es ist deshalb Ziel der SPD, flächendeckend mit differenzierter Landnutzung die landschaftliche Schönheit und Vielfalt für die Menschen im Land zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Schaffung des Biosphärengebietes Schwäbische Alb begrüßen wir. Die SPD hält aber die Ausweisung weiterer schutzwürdiger Flächen im Land als Naturschutzgebiete (NSG) und Bannwälder für notwendig. Daneben ist die Schaffung eines Entwicklungs-Nationalparks im Schwarzwald unser Ziel. Dies soll die Artenvielfalt schützen und die Attraktivität der Region für den Tourismus erhöhen.

Parlamentsanträge der SPD

29.07.2009	Drucksache 14/4924	Aufgabenfinanzierung im Naturschutz in BW
22.10.2008	Drucksache 14/3430	Naturschutzgroßprojekt im Schwarzwald

Erneuerbare Energien ausbauen, Energie einsparen, Atomausstieg umsetzen

Angesichts knapper werdender Ressourcen und voranschreitenden Klimawandels wird der Umbau der Energiewirtschaft zu einer Existenzfrage. Deutschland ist zu 80 Prozent abhängig von Energieimporten. Wir müssen gleichermaßen wegkommen von den unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie mit ihrer Störanfälligkeit und dem nicht befriedigend zu entsorgenden Atommüll wie von der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas mit entsprechender Schädigung unseres Klimas.

Eine Energieversorgung, die dem Klimawandel entgegenwirkt, uns von Importen unabhängig macht und gleichzeitig eine wirtschaftliche Perspektive durch eine verlässliche und preiswerte Energieversorgung bietet, ist deshalb Ziel der SPD. Die Pfeiler einer künftigen Energieversorgung sind die regenerativen Energien, eine Erhöhung der Energieeffizienz und die Einsparung von Energie.

Baden-Württemberg ist bislang leider keine Stütze dieser Energiewende. Nur unzureichende Programme fördern halbherzig den Einsatz erneuerbarer Energien. Die Windenergie wird durch ein restriktives Planungsrecht völlig blockiert. Die kleine Wasserkraft stagniert trotz interessanter Potenziale und die Nutzung der tiefen Erdwärme wird bloß in Sonntagsreden begrüßt. Anstatt einen beherzten Ausbau der erneuerbaren Energien anzugehen, fordert die Landesregierung längere Laufzeiten für die alten Atommeiler, obwohl dies den Vormarsch der erneuerbaren Energien abbremsen würde.

Die SPD will eine Klimaschutz-Offensive des Landes, mit der die CO₂-Emissionen bis 2020 auf 39 Mio. Tonnen gesenkt und damit gegenüber 1990 halbiert werden. Um das Ziel der



CO₂-Halbierung bis 2020 zu erreichen, müssen jedoch neben der konsequenten Fortschreibung der jüngsten Zuwächse in der Photovoltaik, Gebäudesanierung, Benzin- und Dieseleinsparung sowie in der Biomassenutzung zusätzliche Anstrengungen unternommen werden.

Die Biomassenutzung und die Biogaserzeugung gewinnen an Bedeutung. Mit der Errichtung von 1.200 Biogasanlagen von jeweils 1 MW elektrischer Leistung bis 2020 (was etwa 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch nehmen würde) ließen sich jährlich 9,6 Mrd. kWh Strom erzeugen, womit man ein ganzes Atomkraftwerk ersetzen würde. Ziel der SPD ist ferner, dass bis 2020 auf jedem zweiten Wohnhaus eine solarthermische Anlage installiert ist.

Einen bedeutenden Anteil an der Stromproduktion in Deutschland hat heute bereits die Windenergie, sie erbringt schon einen Anteil von über 8 Prozent. In Baden-Württemberg fristet sie jedoch ein Schattendasein. Allein die Errichtung der Anzahl von Windkraftanlagen bis 2020, die schon heute in Nordrhein-Westfalen stehen, erbrächte eine installierte

Leistung von ca. 4.500 MW und würde gegenüber fossilen Energien 6 Mio. Tonnen CO₂ einsparen. Auch die Erdwärme wird für die Hausbeheizung 2020 eine spürbare Rolle spielen. Es ist realistisch, bis 2020 etwa 50.000 Gebäude mit einer wirtschaftlich attraktiven Erdsondenheizung auszustatten.

Große Potenziale bietet aber auch die Energieeinsparung. Durch die intelligentere Nutzung der Energie, die stärkere Angleichung des Stromverbrauchs an das Angebot, durch virtuelle Kraftwerke, also die gemeinsame Steuerung vieler kleinerer Anlagen, sowie über Stromeinsparung durch effizientere Haushaltsgeräte lassen sich mindestens 10 Prozent des Haushaltstromverbrauchs einsparen. Durch strengere Verbrauchsgrenzwerte müssen nach dem Aus für die Glühbirne auch Stand-By-Schaltungen zurückgedrängt werden.

Allein 21,8 Mio. Tonnen und damit knapp 30 Prozent aller CO₂-Emissionen im Land sind durch den Straßenverkehr bedingt. Doch durch die ökologische Steuerreform, den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und die optimierte Fahrzeugtechnik konnte seit dem Jahr 1999 ein ständiger Rückgang des Spritverbrauchs verzeichnet werden. Durch weitere Maßnahmen, wie einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und einer Obergrenze beim Ben-

zinverbrauch, muss dieser Trend zu einer nachhaltigen Entwicklung gestützt werden.

Die SPD hält es für Unfug, Atomkraft als Retterin in der Klimanot zu preisen. Der Teufel kann nicht mit dem Beelzebub ausgetrieben werden. Die von der SPD verfochtene Halbierungsstrategie beim Ausstoß von Treibhausgasen beweist, dass wirksamer Klimaschutz bei gleichzeitigem Atomausstieg möglich und machbar ist.

Internet

www.bmu.de
Bundesumweltministerium

www.erneuerbare-energien.de
Alles rund um die Energiewende

www.umweltbundesamt.de
Portal des Bundesumweltamtes

www.klimaschutz-plus.baden-wuerttemberg.de
Klimaschutz-Förderprogramm des Landes

www.klimaschuetzen.de
Viele Infos und praktische Tipps zum Klimaschutz

Parlamentsanträge der SPD

29.07.2009	Drucksache 14/4923	Verantwortlicher Umgang mit dem Ausbau der geothermischen Energieerzeugung in BW
22.07.2009	Drucksache 14/4896	Keine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke
28.01.2009	Drucksache 14/3932	Perspektiven für den Ersatz von Nachtstromspeicherheizungen im Land
04.11.2008	Drucksache 14/3484	Energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude
23.07.2008	Drucksache 14/3065	Windkraftnutzung in BW forcieren statt ausbremsen

Wünsche der Gäste besser bedienen

Fremdenverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil des volkswirtschaftlichen Gesamtaufkommens in Baden-Württemberg. Rund 230.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier versicherungspflichtig beschäftigt. Der Jahresumsatz der Branche beträgt 3,5 Mrd. Euro. Die Tourismusbranche im Land steht allerdings vor Herausforderungen, die sie rasch bewältigen muss, um im Wettbewerb auch mit den anderen Bundesländern weiter vorne mitspielen zu können:

- Die Globalisierung des Marktes geht mit einer stärkeren Individualisierung auf der Konsumseite einher;
- Der verantwortungsbewusste Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Schutz von Natur und Umwelt gewinnt weiter an Bedeutung;
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Ziel einer möglichst direkten Verbindung von den Ballungsräumen in die regionalen Fremdenverkehrsbetriebe, z. B. Fahrscheinangebote über die Kurtaxe wie beim System KONUS im Bereich des Hoch- und Südschwarzwaldes;
- Entwicklung kind- und familiengerechter sowie barrierefreier Urlaubsorte;
- Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze im Tourismus;
- Ausbau eines flächendeckenden, einheitlich beschilderten Radwegenetzes und Lockerungen für das Mountainbiken auf Waldwegen.

Die SPD will, dass Investitionen in Heilbäder und prädikatisierten Kurorten nicht weiter reduziert werden und dass die Fremdenverkehrspauschale für prädikatisierte Kurorte, bezogen auf die Übernachtungszahlen, dauerhaft bleibt. Eine florierende Tourismusent-



wicklung in den Heilbädern und Kurorten ist für das Bäderland Baden-Württemberg und seine Arbeitsplätze von größter Bedeutung.

Im Tourismus muss der Regionalgedanke gestärkt werden. Eine Vermarktung im Kleinklein der Kreisgrenzen hat mit Blick auf die Serviceerwartungen der Gäste und Kunden keine Zukunft mehr. Wohin die Reise im Tourismus und bei den Heilbädern gehen soll, beschreiben das aktuelle Konzept des baden-württembergischen Heilbäderverbandes und eine aktuelle Studie, die von der Landesregierung in Auftrag gegeben wurde. Jetzt lautet die Devise, vorhandene Ideen rasch in die Tat umzusetzen.

Internet

www.tourismus-bw.de
Tourismus-Marketing Baden-Württemberg

www.bw-i.de
Baden-Württemberg International

Verfall der Landesstraßen stoppen

Die SPD will den Verfall unserer Landesstraßen stoppen. Im ländlichen Raum sind Landesstraßen wichtig als Lebensadern für Wirtschaft, Pendler und Tourismus. Eine intakte Straßeninfrastruktur stärkt den Mittelstand. Denn nur wer seine Produkte schnell zum Kunden bringt, hat eine Chance auf den Märkten Europas und der Welt.

Die SPD will mehr Gemeinden von Durchgangsverkehr entlasten. Wir wollen mehr Mittel für Ortsumfahrungen bereitstellen, damit das Leben im Zentrum nicht mehr von Lärm und Gestank, sondern von Lebensqualität durch attraktive Dorfkerne geprägt ist.

Doch die Landesstraßen im Land zerbröseln unter den Reifen von Autos und Lkws wegen der steten Vernachlässigung durch die CDU. 44 Prozent sind in einem derart miserablen Zustand, dass sie von Grund auf teuer saniert werden müssen. Zudem wurden von den über 1.000 Baumaßnahmen, die sich die Landesregierung im Jahr 1995 selbst als notwendige Zielvorgabe für 2010 vorgegeben hat, bis jetzt über 800 nicht umgesetzt.

Der Grund ist schnell gefunden: Obwohl die SPD seit langem auf die fahrlässige Unterfinanzierung bei Bau und Erhalt der Landesstraßen hinweist, wurden sämtliche Anträge auf



Erhöhung der Mittel von CDU und FDP abgelehnt. Dadurch hat sich allein seit 2005 die Unterfinanzierungslücke um eine weitere halbe Milliarde Euro vergrößert.

Der anhaltende Druck der SPD konnte bewirken, dass erstmals im Jahr 2009 - den Konjunkturprogrammen sei es gedankt - die auch von der Regierung angestrebte Zielgröße von ca. 220 Mio. Euro wenigstens annäherungsweise erreicht wird. Zuvor hatte die CDU nicht einmal die Hälfte dieser Summe pro Jahr bereitgestellt. Die SPD wird sich weiter dafür stark machen, dass Schlaglochpisten aus dem gängigen Straßenbild verschwinden.

Internet

www.ace-online.de/schlaglochmelder
Holperstraßen-Meldedienst: Ein Service des Auto Club Europa

Parlamentsanträge der SPD

14.07.2009	Drucksache 14/4824	Umsetzung des Landeskonjunkturprogramms beim Erhalt der Landesstraßen
17.03.2009	Drucksache 14/4193	Zustand der Landesstraßen in Baden-Württemberg
28.01.2009	Drucksache 14/3937	Erhalt und Unterhalt von Landesstraßen

Neue Trassen braucht das Land

Derzeit beschäftigen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem zwei Schienengroßprojekte: Der Neu- und Ausbau der Rheintalbahn in Baden und die schnelle Verbindung Stuttgart-Ulm in Württemberg. Die SPD-Landtagsfraktion steht hinter beiden Schienenprojekten, weil sie wichtig für die Zukunft unseres Landes sind.

Der mit der Schweiz vertraglich fixierte vierspurige Neu- und Ausbau der Rheintalbahn leistet einen wichtigen Beitrag für das Ziel, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Allerdings sollten bei der Planung die Sorgen der betroffenen Bürger vor Ort stärker berücksichtigt werden. Die SPD setzt sich für eine Trassenführung ein, die die Bürger so wenig wie möglich belastet. Außerdem sollten umfangreiche Maßnahmen zum Schallschutz überall dort ergriffen werden, wo die Trasse in Wohnortnähe verläuft.

Diese unter dem Namen Baden 21 zusammengefassten Maßnahmen kosten ca. 900 Mio. Euro mehr als die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen. Eine Summe dieser Größenordnung können weder die Kommunen vor Ort noch der Bund alleine stemmen. Daher können signifikante Verbesserungen nur mit finanzieller Unterstützung des Landes erreicht



werden. Aus diesem Grund muss die Landesregierung endlich ihre Verweigerungshaltung beenden und sich konstruktiv an der Gestaltung der Rheintalbahn beteiligen.

Auch das zweite Großprojekt, die Schnellbahnstrecke Stuttgart-Ulm, muss jetzt, nachdem die Finanzierungsverträge unterzeichnet sind, schnell umgesetzt werden. Nur mit ihr hält unsere exportstarke Wirtschaft Anschluss an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, die Messe und den Flughafen. Zudem wird der Regionalverkehr weiter gefördert und die Vernetzung von Verkehrsträgern stark verbessert.

Aber auch andere wichtige Schienenprojekte bleiben im Brennpunkt. So setzt sich die SPD-Landtagsfraktion für die Beibehaltung eines ICE-Haltes in Mannheim ein. Außerdem unterstützen wir den weiteren Ausbau der Regionalexpressstrecken wie z. B. von Gäu-, Süd-, Zollern- und Frankenbahn.

Parlamentsanträge der SPD

22.07.2009	Drucksache 14/4886	Durch Personalabbau bedingte Planungseinsparungen im Verkehrsinfrastrukturbau verhindern
05.05.2009	Drucksache 14/4438	Entscheidung zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm
01.04.2009	Drucksache 14/4275	Menschen entlang der Rheintalbahn vom Lärm entlasten

Mehr Wettbewerb auf der Schiene - Lücken im Radwegenetz schließen

Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Land ist dank der enormen Summen, die der Bund jedes Jahr nach Baden-Württemberg überweist, eine Erfolgsgeschichte. Doch das Land setzt das Geld des Bundes nicht kundenfreundlich ein. Anstatt möglichst optimale Bedingungen für den Fahrgast zu erreichen, wurde 2003 ein in vielen Punkten schlechter und überteuerter Großvertrag mit der DB Regio AG abgeschlossen, der noch bis 2016 läuft.



Die Schwachstellen des Vertrages sind vielfältig. Das beginnt zum Beispiel beim Wagenpark mit dem Pendolino VT 611. Dieser eigentlich neue Wagentyp ist bereits ab Werk häufig nicht funktionstüchtig. Die Neigetechnik funktioniert nicht, und die Klimaanlage heizt im Sommer anstatt zu kühlen. Das ist im besten Fall unangenehm, im schlimmsten Fall sogar gefährlich, wenn der Zug wegen der ausfallenden Neigetechnik eine Notbremsung einleitet. Hinzu kommen unzählige Verspätungen. So gab es allein in einer Novemberwoche 2008 auf der Strecke Tübingen-Albstadt neun Störungen, Pannen oder andere Beeinträchtigungen, die zu unzähligen Verspätungen von bis zu 45 Minuten führten. Die Landesregierung muss diesen Mängeln tatenlos zuschauen, weil sie schlecht verhandelt hat. Sie kann keinen Schadensersatz für diese unhaltbaren Zustände verlangen, da wirksame Strafen hierfür im Verkehrsvertrag mit der DB AG nicht enthalten sind.

Zudem ist die DB AG zu keinen regelmäßigen Investitionen verpflichtet, obwohl der starke Anstieg der Fahrgastzahlen dies zwingend erforderlich macht. 2008 sind pro Tag 41 Prozent mehr Passagiere in den Bahnhöfen zuge-

stiegen als 2002. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Züge um gerade einmal zwei Prozent. Angesichts dieser Haltung ist es geradezu vorprogrammiert, dass die Wagen überfüllt sind. Zugauslastungen von 120 bis 209 Prozent sind keine Seltenheit, wie die Landesregierung zugeben musste. Man muss sich angesichts dieser Wagenbelegungen fast schon fragen, ob die Landesregierung eigentlich wirklich will, dass mehr Leute Züge benutzen.

Um solche Mängel in Zukunft zu vermeiden, hält es die SPD für sinnvoll, die knapp 50 Millionen zu vergebenden Bahnkilometer bei nächster Gelegenheit zeitlich gestaffelt in Teillosen auszuschreiben. Durch eine solche Ausschreibung ist es auch anderen Interessenten als der DB möglich, an einem marktwirtschaftlichen Wettbewerbsverfahren teilzunehmen.

Auch bei der Struktur der Tarifverbände besteht im Land erheblicher Verbesserungsbedarf. Das Land hat mit 22 bundesweit die meisten Verkehrsverbände, ohne indes die gesamte Landesfläche abzudecken. Diese Zahl muss verringert werden. Das spart Verwaltungskosten,

sorgt für transparentere Preisgestaltung für den Fahrgast und bringt mehr Leistung fürs gleiche Geld.

Für die SPD ist es wichtig, dass trotz der großen Schienenprojekte Stuttgart 21 und Ausbau der Rheintalbahn der ländliche Raum nicht vernachlässigt wird. Elektrifizierung und Ausbau wie zum Beispiel von Südbahn, Gäubahn und Frankenbahn müssen in den kommenden Jahren vorangebracht werden.

Zudem will die SPD auch die Rolle des Fahrrads aufwerten, und zwar nicht nur in Freizeit und Tourismus, sondern als Verkehrsmittel im Alltag. Das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel muss weiter gestärkt werden. Deshalb muss die Landesregierung endlich aufhören anzukündigen und beginnen, die langjährigen Forderungen der SPD endlich umzusetzen.

Das bestehende lückenhafte Radwegenetz muss attraktiver und sicherer gemacht und vor allem flächendeckend ausgebaut werden. Hinzukommen müssen eine einheitliche und durchgängige Beschilderung, eine bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV und sinnvolle Mindeststandards für sichere Radwege.



Internet

www.im.baden-wuerttemberg.de
Landesinnenministerium - zuständig auch für Verkehrspolitik

www.bmvbs.de
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

www.3-loewen-takt.de
Bus und Bahn in Baden-Württemberg

www.vdv.de
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen

Parlamentsanträge der SPD

22.07.2009	Drucksache 14/4888	Radwegebau endlich entschlossen angehen Fahrradverkehr im Land stärken - Lippenbekenntnissen endlich Taten folgen lassen
22.04.2009	Drucksache 14/4369	
08.04.2009	Drucksache 14/4330	Qualitätsverbesserung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) durch einen verbesserten Verkehrsvertrag sicherstellen
20.11.2008	Drucksache 14/3623	Anhaltende Mängel im Schienenpersonennahverkehr

Bessere Bildung und gleiche Lebenschancen in einer familienfreundlichen Gesellschaft

"Wissen ist Macht - Macht ist Wissen" (Wilhelm Liebknecht). Das war schon eine zentrale Einsicht der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. "Unsere Kinder sollen es einmal besser haben" war ein wichtiges Motiv im Kampf vieler Menschen für eine bessere Zukunft. Diese Ziele müssen unter veränderten Bedingungen wieder ins Zentrum der politischen Praxis rücken.

Gleiche Lebenschancen für alle ist ein Kernanliegen der SPD. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie. Deshalb wollen wir eine bessere Bildung für alle durchsetzen und die Familien stärken. Unser Ziel ist eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

Bildung entscheidet unsere Zukunft. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbst bestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit, sorgt immer neu für gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsperspektiven.

Bildung ist gerade in der heutigen Wissensgesellschaft eine wirtschaftliche Produktivkraft von schnell wachsender Bedeutung. Wir wollen, dass mehr junge Menschen gute Bildungsabschlüsse erreichen. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes Bildungssystem haben, gedeihen in der globalen Wissensgesellschaft.

Bildung ist mehr als die Vermittlung beruflich verwertbaren Wissens. Die SPD vertritt einen ganzheitlichen Ansatz von Bildung, dem es gleichermaßen um Erkenntnis und Kenntnisse geht wie um soziale Kompetenzen, Kreativität, ästhetische Erfahrung, ethische Refle-

xion und Sensibilität für Werte. Orientierung ergibt sich nicht notwendig aus Wissen. Deshalb brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und der Erziehung zur Demokratie.

Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle den gleichen Zugang zu Bildung haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Jeder Mensch hat das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule. Das kann nicht von heute auf morgen verwirklicht werden, aber es ist Anspruch und Ziel der SPD.

Für ein rohstoffarmes Land sind Investitionen in die Köpfe seiner Menschen nicht nur bildungspolitisch, sondern auch ökonomisch ein Schlüssel des eigenen Erfolgs. Bessere Bildung für alle verlangt deshalb höhere Ausgaben. Sie sind nur vordergründig Kosten, in Wirklichkeit aber Investitionen in unsere Zukunft.

Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik ist zentral für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die SPD will die Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern, Offenheit und Verständnis für Kinder wecken und ein Klima schaffen, in dem Kinder nicht als Last, sondern als Freude und Ermutigung wahrgenommen werden.

Wir müssen es jungen Paaren leichter machen, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne beruflich ins Hintertreffen zu geraten. Dies gilt besonders für Eltern, die sich für mehrere Kinder entscheiden. Junge Familien brauchen schon bei der Familiengründung und in jeder Lebensphase gezielte Unterstützung, und zwar durch gute und verlässliche Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeiten und finanzielle Hilfen.

Gute Ausbildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit

Durch die Wirtschaftskrise hat sich die schon vorher prekäre Situation auf dem Ausbildungsmarkt noch verschlechtert und einer steigenden Zahl von Bewerbern steht weiterhin kein adäquates Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung. In die Übergangssysteme gehen mittlerweile mehr Jugendliche als in eine duale Ausbildung.

Diese so genannten "Warteschleifen" sind aber nur Notlösungen, die in der Regel nicht einer Berufsausbildung entsprechen, welche die Jugendlichen anstreben. Eigentlich sollten sie der Vorbereitung auf eine Ausbildung dienen, erweisen sich aber vielfach schlicht als verlorene Zeit.

So ist beispielsweise auch das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) zu wenig effizient: nur ca. 20 Prozent eines Jahrgangs schaffen anschließend den Sprung in die duale Ausbildung. Auch die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ) erreicht nur unzureichend die eigentlich förderungsbedürftigen Zielgruppen, da die Hälfte der Teilnehmer bereits das Abitur oder einen mittleren Bildungsabschluss erreicht hat.

Die Warteschleifen tragen also wesentlich dazu bei, dass die jungen Menschen beim Eintritt in die Ausbildung oder beim Start im Beruf immer älter sind. Und die Zahl der Altbewerber - junge Menschen, die sich seit Jahren vergeblich um eine Lehrstelle bemühen - wird immer größer. Damit setzt sich eine bedauerliche Entwicklung fort, die man schon seit Jahren beobachten kann. Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren noch zusätzlich verschärfen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge und im Jahr 2012 wegen der



Umstellung auf das achtjährige Gymnasium sogar zwei Abiturjahrgänge die Schulen verlassen und auch auf den Ausbildungsmarkt drängen.

Das System der dualen Berufsausbildung verbindet aus Sicht der SPD in idealer Weise theoretisches Lernen mit der betrieblichen Praxis. Diese Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft garantiert daher einen hohen Qualitätsstandard der Ausbildung. Wenn allerdings die Wirtschaft immer weniger Lehrstellen zur Verfügung stellt und nur noch 28 Prozent aller Betriebe ausbilden, obwohl rund 58 Prozent ausbildungsberechtigt sind, dann bedarf es eines ausreichenden Angebots an alternativen Ausbildungsmöglichkeiten, damit die Betroffenen eine Chance erhalten, sich für eine berufliche Tätigkeit zu qualifizieren.

Hier setzt die SPD an. Wir wollen für alle eine Ausbildung. Ziel ist es, jedem ausbildungswilligen jungen Menschen die Chance zu geben, entsprechend seinen Fähigkeiten gefördert und unterstützt zu werden. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Bundesregierung



auf Initiative des ehemaligen SPD-Bundesarbeitsministers Franz Müntefering ein Gesetz auf den Weg gebracht hat, das die zeitlich befristete Einführung eines sogenannten Ausbildungsbonus für Altbewerber zum Kern hat. Damit sollen bis 2010 bundesweit rund 100.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige Jugendliche geschaffen werden.

Um in Zukunft zu verhindern, dass immer mehr Schulabgänger in den Warteschleifen landen, fordert die SPD eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgänger. Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet, der soll künftig einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz angeboten bekommen, mit der Kammerprüfung am Ende. Damit führen diese außerbetrieblichen Ausbildungsgänge zum selben Abschluss wie die betrieblichen Ausbildungsgänge im Dualen System.



Parlamentsanträge der SPD

03.07.2009	Drucksache 14/4772	Doppelter Abitur-Jahrgang 2012 nicht zum Sparmodell machen
08.04.2009	Drucksache 14/4328	Ausbildung und Weiterqualifizierung sichern

Internet

www.jobstarter.de
Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Förderung von Innovationen und Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung

www.bibb.de
Bundesinstitut für Berufsbildung

www.jugend-und-ausbildung.de
Infoportal des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie rund um Bewerbung, Lehre und Berufe

www.berufsbildung.igm.de
Angebot der IG Metall Baden-Württemberg zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

www.ausbildung-baden-wuerttemberg.de
Ausbildungsplatzkampagne des Landes Baden-Württemberg

www.arbeitsagentur.de
Bundesagentur für Arbeit - mit allen Partnern vor Ort

Niemand darf auf der Strecke bleiben

Bildung kommt bei der Schaffung von Chancengleichheit eine Schlüsselrolle zu. Jedes einzelne Kind muss hierbei ernst genommen werden. Die individuelle Förderung rückt so ins Zentrum des gesamten Bildungswesens. Die SPD setzt darauf, dass Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft individuell gefördert werden.

Schon im Elementarbereich werden die Weichen gestellt. Die Schule als zentrale Bildungseinrichtung muss eine umfassende Grundbildung für alle gewährleisten. Alle Bemühungen müssen sich auf individuelles Fördern und Fordern konzentrieren, um einen möglichst optimalen Bildungserfolg für alle jungen Menschen zu erreichen. Ein frühes Aussondern der Kinder und ihre Zuweisung zu bestimmten Schultypen nach der 4. Klasse stehen dem entgegen. Die SPD fordert deshalb, die Grundschulempfehlung abzuschaffen und es den Eltern zu überlassen, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen soll.

Hat ein Kind Lernschwierigkeiten, so liegt es nach gängiger Auffassung am einzelnen Kind und nicht an der Förderkultur der Schule. Der Satz "Der Schüler X ist an der falschen Schule" fällt nur in einem gegliederten Schulsystem.

In einem integrativen System würde man sich die Frage stellen: "Was müssen wir tun, um das Kind besser zu fördern, wo braucht es spezielle Unterstützung?" Wenn niemand mehr "nach unten" durchgereicht werden kann, entsteht eine andere Unterrichtspraxis.

Für den Schulbereich hat dies weitreichende Konsequenzen:



- Der Unterrichtsalltag muss sich an den individuell zu definierenden Lern- und Entwicklungszielen orientieren. Die SPD sieht die verschiedenen Fähigkeiten und sozialen Kontexte der Schüler dabei nicht als Problem, sondern als Potenzial guten Unterrichts.
- Mit dem Verzicht auf das Auslese-Prinzip verlieren Ziffernnoten sowie das Sitzenbleiben ihre Bedeutung. Lernfortschritte können in individuellen Lernstandsberichten besser dokumentiert werden.
- Die Ressourcen für unterstützende Maßnahmen, die bislang erst nach der Schulzeit ansetzen (z.B. BVJ), können in das reguläre Schulsystem integriert werden.
- Das Sonderschulsystem kann auf ein Mindestmaß reduziert werden, weil die große Anzahl der betroffenen Kinder in der Regelschule individuell gefördert wird. Art. 24 der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen verpflichtet zu einem inklusiven Bildungssystem. Die SPD will, dass Eltern für ihr Kind eine echte Wahlfreiheit zwischen einer Regel- und einer Sonderschule erhalten.

Ein wichtiger Beitrag zur individuellen Förderung ist auch die Schulsozialarbeit. Für die SPD ist sie Bestandteil schulischen Lernens und Lebens. Deshalb muss sie endlich auch als Landesaufgabe begriffen werden. Leider hat sich die Landesregierung aus der anteiligen Finanzierung völlig verabschiedet.

Eine durch individuelles Fördern getragene pädagogische und didaktische Praxis hat auch weitreichende Konsequenzen für das Lehrerbild und die Aus- und Fortbildung des gesamten pädagogischen Personals. Die Lehrerbildung muss so reformiert werden, dass die Lehrkräfte auf die vielfältigen Anforderungen an den Schulen ausreichend vorbereitet sind. Die SPD hält an der bewährten Grundstruktur des Staatsexamens fest, will dieses mit der Modularisierung des Studienangebots und einer Credit-Point-Zuordnung verbinden und dadurch die gegenseitige Anrechenbarkeit gewährleisten. Im Studium sind die pädagogisch-psychologischen Grundlagenwissenschaften und sowohl die allgemeine als auch die Fach-Didaktik zu stärken. Vom Beginn des Studiums an müssen theoretische und berufspraktische Aspekte Hand in Hand greifen.

Nach den Reformplänen der SPD werden an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen Zentren für Lehrerbildung eingerichtet.

Die Lehrerausbildung insgesamt muss mit einer systematisierten und erheblich verstärkten Lehrerfort- und -weiterbildung verknüpft werden. Um diese Ziele zu erreichen, sind weit reichende-organisatorische Veränderungen notwendig: Das Lehrerstudium soll künftig 4-5 Jahre betragen. Dem schließt sich ein einjähriger Vorbereitungsdienst an. Ihm folgt eine fünfjährige Berufseingangsphase mit verpflichtenden Fortbildungsangeboten.

Wegen der herausgehobenen Bedeutung des Lernens in den ersten Schuljahren wird das bisher verbundene Lehramt an Grund- und Hauptschulen in ein eigenständiges Lehramt für die Primarstufe und in ein Lehramt für die Sekundarstufe I getrennt. Auch hier soll die schulische Praxis so früh wie möglich eingebunden sein.

Internet

www.ganztagseschulen.org
Homepage des BMBF - auch zu den Vorteilen von Ganztagseschulen

www.lv-schulsozialarbeit.de
Landesverband Schulsozialarbeit

www.lehrerbildung.de
Website der Zentren für Lehrerbildung

Parlamentsanträge der SPD

25.03.2009	Drucksache 14/4248	Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen
29.08.2008	Drucksache 14/3179	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes
22.04.2008	Drucksache 14/2651	Bachelor/Master für das Lehramtsstudium oder modularisierte Renaissance des Staatsexamens?
23.01.2008	Drucksache 14/2269	Individuelle Förderung im schulischen Bereich
17.01.2008	Drucksache 14/2227	Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg

Bessere Schulen durch mehr Eigenständigkeit

Mehr Eigenständigkeit der Schulen steht heute in der bildungspolitischen Diskussion für eine bessere Schule. Schulen brauchen größere Freiräume als bisher. Das gilt für die Pädagogik, die Organisation und das Personal. Mehr Autonomie der Schulen kann den Bildungserfolg steigern und die Wirksamkeit des Lernens erhöhen. Autonomie findet gleichzeitig ihren Rahmen in nachprüfbareren staatlichen Vorgaben ("Bildungsstandards").

Schulentwicklung kann nur gelingen, wenn eine kompetente Schulleitung auch richtig dahintersteht. Schulleiter stehen als "Manager" einer Schule inzwischen vor ganz neuen Herausforderungen. Hierfür brauchen sie eine angemessene eigenständige Leitungszeit. Ein modernes Berufsbild "Schulleitung" ist längst überfällig.

Lehrer benötigen einen richtigen Arbeitsplatz in der Schule. Dies ist eine Voraussetzung für effektive Teamarbeit. Des Weiteren muss die Arbeitszeit von Lehrern neu bewertet werden. Die SPD will weg von den Deputaten hin zur Jahresarbeitszeit. Deputate werden zukünftig nach Schulstufe, Klassengröße und Fächer vergeben.

Die größere Selbständigkeit der Schulen bedarf ebenso qualifizierter Verwaltungskräfte in den Schulsekretariaten. Und auch Schulleiter übernehmen heute wichtige Funktionen.



Wenn Reformen im Schulbereich erfolgreich sein sollen, dann müssen dafür auch alle Beteiligten fit gemacht werden.

Die Qualitätsentwicklung von Schulen soll durch die Evaluation von innen und von außen unterstützt werden. Allerdings darf Evaluation nicht in "Testeritis" ausarten. Externe und interne Evaluation müssen verzahnt und die Betroffenen, insbesondere die Eltern und die Schülerinnen und Schüler, aktiv am Evaluationsprozess beteiligt werden.

Die SPD will die Schulkonferenz aufwerten. Sie soll mehr Entscheidungskompetenzen erhalten, ohne die Verantwortlichkeit der Lehrer für die tägliche Unterrichtsarbeit in Frage zu stellen. Die Schulkonferenz soll sich zu je einem Drittel aus Lehrern, Eltern und Schülern zusammensetzen. Einen entsprechenden SPD-Antrag haben CDU und FDP leider abgelehnt.

Parlamentsanträge der SPD

19.02.2009	Drucksache 14/4073	Umgang mit kritischen Schulleitern und Lehrkräften
30.04.2008	Drucksache 14/2671	Situation der Schulleitungen in Baden-Württemberg

Länger gemeinsam Lernen als roter Faden

Zwischenzeitlich ist es unstrittig, dass eine längere gemeinsame Lernzeit bei einem individuellen Förderansatz allen Kindern nutzt, den Schwächeren und den Leistungsstärkeren. Diese Erkenntnis muss Konsequenzen haben für die Schulstruktur und den Schultag selbst.

Prognosen gehen davon aus, dass die Schülerzahlen an den Hauptschulen bis zum Jahr 2015/16 durchschnittlich um 25 Prozent zurückgehen. Die Übergangsquote von der Grund- auf die Hauptschule sinkt immer weiter (25,1 Prozent im Schuljahr 2008/09). Nur noch 8 Prozent der Eltern wünschen sich für ihr Kind den Hauptschulabschluss. Dies zeigt: die Akzeptanz der Hauptschule in der Gesellschaft schwindet immer weiter. Die Folge ist, dass insbesondere Hauptschulen im ländlichen Raum die Schließung wegen zu geringer Schülerzahlen droht. Allein schon gesellschaftliche und demographische Entwicklungen zwingen zu einer Reform unseres Schulsystems.

Studien belegen, dass es in unserem Bildungssystem einen engen Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft gibt. Das dreigliedrige Schulsystem benachteiligt Kinder aus bildungsfernen Familien. Soziale Unterschiede werden nicht ausgeglichen, sondern sogar noch verstärkt. Deshalb sind neue Schulformen mit längerem gemeinsamem Lernen auch aus Gründen der Gerechtigkeit notwendig.

Schulstrukturreformen tragen entscheidend dazu bei, die Lehr- und Lernbedingungen zu verbessern. Das Ziel der SPD ist die 10-jährige gemeinsame Schule für alle. Die Gemeinschaftsschule bietet als Regelabschluss die Mittlere Reife an. Dadurch verbessern sich die beruflichen Perspektiven für die Schüler. Wenn



gewünscht, kann auch ein gymnasiales Angebot integriert werden. Die Gemeinschaftsschule wird als Ganztagschule angeboten. Dadurch ist eine bessere individuelle Förderung möglich.

Auf dem Weg dahin sollen die Kommunen Schulkonzepte, die zur Situation vor Ort passen, umsetzen können. Die Landesregierung muss endlich innovative Konzepte zulassen, beispielsweise die 6-jährige Grundschule oder die Option, an Hauptschulstandorten auch den echten Realschulabschluss anzubieten. Bei konsequenter individueller Förderung ist dies auch an einzügigen Standorten möglich und stabilisiert diese nachhaltig.

Mit dieser Reform will die SPD die Schule gleichsam "im Dorf lassen" und ein qualitativvolles, wohnortnahes Bildungsangebot im ganzen Land schaffen. Ziel ist, mehr Schüler zu besseren Leistungen und dadurch zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen. Die Werkrealschul-Pläne der Landesregierung hingegen beschleunigen das Aus vieler der rund 800 einzügigen Hauptschulstandorte im Land, denn die Basis ist die Zweizügigkeit. CDU und FDP führen mit der Werkrealschule einen vierten weiterführenden Schultyp ein. Bei der Grund-

schulempfehlung wird er aber mit der Hauptschule gleichgesetzt. Die Probleme des dreigliedrigen Schulsystems werden nicht gelöst. Bereits heute ist jede dritte Hauptschule auch Werkrealschule, ohne dass sich dadurch deren Akzeptanz entscheidend verbessert hätte.

Die SPD plädiert auch für längeres gemeinsames Lernen über den Tag verteilt. Hierfür bieten Ganztagschulen die besten Bedingungen. Gute Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, die den starren 45-Minuten-Takt überwinden und Freizeitangebote einbeziehen. Wenn die Kinder nach Hause kommen, dann ist die Schule auch wirklich aus. Deshalb drängen vor allem die Eltern auf den Ausbau der Ganztagschulen, darin unterstützt von Seiten der Wirtschaft.

Im Übrigen: Auch das achtjährige Gymnasium (G8) funktioniert nur als Ganztagschule mit zusätzlichen Ressourcen. Das ist der Schlüssel zur Lösung der Probleme beim G8. Darüber hinaus sollen die Schulen die Möglichkeit haben, innerhalb des G8 auch einen parallelen G9-Zug einzurichten. Die Eltern erhalten dann Wahlfreiheit. Laut einer repräsentativen Meinungsumfrage befürworten 70 Prozent der Baden-Württemberger diese Option.

Die SPD fordert pädagogische Profis für Ganztagschulen an allen Schularten. Die Schulen sollen hierfür Budgets erhalten. Die Landesre-

gierung hingegen setzt im Wesentlichen auf ehrenamtliche "Jugendbegleiter". Doch mit Ehrenamtlichen allein lässt sich kein verlässliches Ganztagskonzept verwirklichen: sie sind eine Ergänzung, dürfen pädagogische Profis indes nicht ersetzen. Das aber genau tut die Landesregierung, wenn sie für die Finanzierung der Jugendbegleiter 800 Lehrstellen "umwidmet", d.h. dem regulären Unterricht de facto entzieht.

Die Schulform Ganztagschule ist immer noch nicht im Schulgesetz verankert. Sie gilt noch immer als "Schulversuch". Dies ist eine abstruse Überdehnung des entsprechenden § 22 Schulgesetz. Die SPD wollte mit einem Gesetzentwurf die Ganztagschulen auf eine solide rechtliche Basis stellen, doch CDU und FDP haben dies im Landtag abgelehnt.

Internet

www.gew-bw.de
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

www.ganztagschulen.org
Portal des BMBF zu Ganztagschulen

www.bildungsserver.de
Deutscher Bildungsserver

Parlamentsanträge der SPD

29.07.2009	Drucksache 14/4928	Schulstandorte im Land im Schuljahr 2008/2009 und ihre weitere Entwicklung
10.06.2009	Drucksache 14/4602	Mulfinger Schulkonzept im öffentlichen Bildungswesen zulassen
23.04.2009	Drucksache 14/4384	"G8plus"-Schulversuch am Auguste-Pattberg-Gymnasium Mosbach genehmigen
24.09.2008	Drucksache 14/3267	Das Gymnasium weiterentwickeln - G8 grundlegend reformieren und parallele G8- und G9-Züge ermöglichen

Stundenausfall stoppen, Klassen verkleinern

Immer mehr Eltern, Lehrkräfte, Schüler und Schulleitungen beschwerten sich über den hohen Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg- und sie tun dies zu Recht. Im Schuljahr 2008/09 fallen über 1,4 Mio. Unterrichtsstunden in den allgemein bildenden Schulen aus. Krankheitsstellvertretungen fehlen an allen Ecken.

Und wie reagiert die Landesregierung darauf? Sie redet die Situation an den Schulen schön und spart 349 Lehrerstellen ein. Im Gegenzug müssen die Referendare eine Stunde mehr unterrichten. Weitere Lehrerstellen werden "umgewidmet", um z.B. die ehrenamtlichen Jugendbegleiter oder die Evaluation der Schulen zu finanzieren. Insgesamt entzieht die Landesregierung dem regulären Unterricht in den nächsten Jahren über 3.000 Lehrerstellen! Diese Politik verschlechtert die Lehr- und Lernbedingungen drastisch.

Hoher Unterrichtsausfall gehört weiter zum Schulalltag. Und trotz sog. "Bildungsoffensive" sind auch im Schuljahr 2009/10 viele Klassen mit 32 Schülern noch immer viel zu groß. Die Förderung der Ganztagschulen mit Lehrerstunden ist mickrig. Bessere Bildung für alle und mehr individuelle Förderung - die Leitziele der SPD - gelingen eben nicht ohne ausreichendes pädagogisches Personal.

Parlamentsanträge der SPD

30.07.2009	Drucksache 14/4927	Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2009/2010
06.05.2009	Drucksache 14/4443	Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen
30.04.2009	Drucksache 14/4418	Lehrerversorgung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
08.04.2009	Drucksache 14/4338	Unterrichtsausfall an den Schulen in BW



Zum Haushalt 2009 stellte die SPD einen Antrag zur Erhöhung der Zahl der Krankheitsstellvertreter von 1.250 auf 1.650. CDU und FDP sagten nein. Die Folge: es fällt weiterhin viel zu viel Unterricht aus, Krankheitsstellvertreter sind Mangelware. Das ist verhängnisvoll, denn Bildung ist doch der Ast, auf dem wir sitzen.

Geradezu dramatisch ist die Situation an den beruflichen Schulen. Hier fallen bis zu 12 Prozent des Unterrichts aus, 2.000 Deputate fehlen. Dies geht zu Lasten der Berufsperspektiven junger Menschen und ist ein Alarmsignal für unseren Wirtschaftsstandort.

Auf den Anfang kommt es an

Die Grundlagen für den Bildungserfolg werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen erhalten, am Bildungsprozess teilzuhaben - von Anfang an und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Vor diesem Hintergrund möchte die SPD die Elementarbildung aufwerten. Die Kindertageseinrichtungen haben einen eigenständigen Bildungsauftrag, der gestärkt werden muss.

Für die Aufwertung der Elementarbildung bedarf es eines umfassenden Bildungskonzeptes für alle Tageseinrichtungen und für alle Kinder bis zum Schuleintritt. Die SPD will:

- schrittweise die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau anheben und die Bezahlung entsprechend verbessern. Damit wird die Ausbildung an europäische Standards angepasst und die qualitativ hochwertige Förderung der Kinder gewährleistet.
- schrittweise den Kindergarten beitragsfrei stellen, beginnend mit dem letzten Jahr. Dadurch werden Familien mit Kindern entlastet und ein verbindlicherer Übergang vom Kindergarten in die Schule hergestellt.
- ein warmes Mittagessen in Kindertageseinrichtungen und Schulen mit ganztägigem Angebot für einen Euro. Dadurch sollen alle Kinder am gemeinsamen Essen teilnehmen können.
- die individuelle, im Kindergartenalltag integrierte Sprachförderung von Beginn an durch pädagogische Profis. Dadurch werden bestehende Sprachdefizite früh ausgeglichen.



Diese Maßnahmen zur Stärkung der Elementarbildung sind ein wirkungsvoller Schlüssel, um die Bildungs- und damit Zukunftschancen aller Kinder zu verbessern und die Integration von Kindern aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien zu verbessern.

Doch auch im Bereich der frühkindlichen Bildung hinterlässt die Landesregierung viele Baustellen. So gibt es insbesondere bei der Sprachförderung im Kindergarten großen Nachholbedarf. Zwar hat die Landesregierung angekündigt, allen Kindern mit Sprachförderbedarf über das Programm der Landesstiftung eine entsprechendes Förderangebot bereitzustellen. Doch im Jahr 2009 werden voraussichtlich bis zu 12 Prozent der Kinder mit Sprachförderbedarf keine entsprechende Förderung erhalten.

Der Grund sind personelle Engpässe bei den Gesundheitsämtern, die die neue Einschulungsuntersuchung (ESU) durchführen müssen. Die ESU ist allerdings Voraussetzung für die Antragsstellung bei der Landesstiftung. Hinzu kommt, dass die Förderrichtlinien verschärft wurden und nur noch 5-Jährige am "Sag' mal was"-Programm teilnehmen dürfen. Die Eltern haben also keine Gewissheit, dass ihr Kind tatsächlich vor der Einschulung sprachlich gefördert wird.



Eine weitere Großbaustelle ist der Orientierungsplan. Dieser gilt ab dem Kindergartenjahr 2009/10 verbindlich für alle Einrichtungen. Die Rahmenbedingungen für eine flächendeckend qualitative Umsetzung des Plans sind noch nicht ausreichend gegeben. Die Fachkräfte, Träger und Eltern vor Ort fühlen sich von der Landesregierung alleine gelassen, denn diese legt die Hände in den Schoß. Die Gefahr ist groß, dass die Qualität der frühkindlichen Bildungsangebote von der Kassenlage der Kommunen abhängt und dadurch ungleiche Verhältnisse im Land entstehen. Die Chancengleichheit der Kinder wird dadurch verspielt.

Die SPD fordert deshalb eine Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen. So soll z.B. in einem Stufenplan die Fachkraft-Kind-Relation auf einen Mindeststandard von 1:12 angehoben werden. Land und Träger vereinbaren ein Qualitätssicherungskonzept zur Umsetzung des Orientierungsplans. Und dieser soll nicht nur für die 3-6-Jährigen gelten, sondern für den gesamten Bereich der 0-6-jährigen Kinder. Die SPD spricht sich dafür aus, dass sich das Land an den finanziellen Mehraufwendungen beteiligt und die Verantwortung für die Umsetzung des Orientierungsplans nicht allein den Kommunen zuschiebt.



Internet

<http://bildungsaufbruch.bawue.spd.de>
SPD-Kampagne Bessere Bildung für Alle

www.erzieherinnenausbildung.de
Forum für die Ausbildung von Erzieherinnen

www.kindergaerten-bw.de
Informationen des Kultusministeriums zu den Kindergärten in Baden-Württemberg

www.bildungsserver.de
Gigantisches Bildungsportal - auch jede Menge Material zur Elementarbildung

www.ler-kita-bw.de
Landeselternrat Kindertagesstätten

Parlamentsanträge der SPD

17.06.2009	Drucksache 14/4633	Einführung des Orientierungsplans erfordert Qualitätsinitiative
01.04.2009	Drucksache 14/4280	Sprachförderangebote für alle förderbedürftigen Kinder
11.02.2009	Drucksache 14/4021	Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern
14.08.2008	Drucksache 14/3150	Gesetz zur Einführung des beitragsfreien Kindergartens in Baden-Württemberg

Hochschulen besser ausstatten - Studiengebühren wieder abschaffen

Die Freude über den Erfolg der Universitäten Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und Konstanz in der Exzellenzinitiative des Bundes ist groß und berechtigt. Sie darf aber nicht darüber hinwegtäuschen: unsere Hochschulen sind total unterfinanziert. Ein paar Indikatoren:

- Bereits 2004 betrug der Sanierungsrückstand allein an den Universitätsbauten 2,4 Milliarden Euro. Die Mittel für die eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen reichen noch nicht einmal aus, um den jährlich neu entstehenden Sanierungsbedarf auszugleichen.
- Der Solidarpakt I kostete die Universitäten innerhalb von 10 Jahren 1.500 Stellen. Die versprochene Finanzierungssicherheit stand nur auf dem Papier, denn die Landesregierung macht munter weiter mit globalen Minderausgaben und Einsparauflagen.
- Der Solidarpakt II, der jetzt auch alle anderen Hochschularten einschließt, gewährleistet erneut Planungssicherheit - auf dem Papier. Aber auch diesmal greift die Landesregierung zu: Zwangsbeiträge zu einem zentralen Innovations- und Qualitätsfonds müssen als "Spielgeld" an das Ministerium abgeführt werden und jetzt dürfen sich die Hochschulen auch noch aus eigenen Mitteln an der Bausanierung beteiligen, die früher ausschließlich beim Land lag.
- Das Ausbauprogramm Hochschule 2012 soll 16.000 neue Studienplätze schaffen. Mit der Schaffung des zusätzlichen Raums aber werden die Hochschulen allein gelassen und der Beitrag der Wirtschaft beschränkt sich bislang auf einige wenige befristete Stiftungsprofessuren.

In diese Dürre fließen nun die Studiengebühren, ein warmer Regen von jährlich 180 Mio.



Euro. Dieser Geldsegen hat aber einen für die Hochschulleitungen ärgerlichen Pferdefuß, denn er darf nach dem Gesetz ausschließlich für Zwecke des Studiums und der Lehre eingesetzt werden - und zum Beispiel nicht für die Forschung oder den Bau oder die Sanierung.

In Wahrheit aber wird beispielsweise häufig Ersatz beschafft für Geräte, die längst aus Haushaltsmitteln hätten ersetzt werden müssen. Die Phantasie der Hochschulverwaltungen bei der Erfindung von Verschiebebahnhöfen ist groß. Diese schleichende Umleitung der Studiengebühren für andere Zwecke als solche, die den zahlenden Studierenden unmittelbar nützen, ist für die SPD ein weiterer Grund, um diese Campus-Maut wieder abzuschaffen.

Auch die Floskel von den sozialverträglichen Studiengebühren ist bereits nach dem ersten Jahr als billige Propaganda entlarvt. Das Darlehen, das für Sozialverträglichkeit sorgen sollte, wurde nur von ca. 3 Prozent der Studierenden in Anspruch genommen. Kein Wunder: der im Gesetz vorgeschriebene Zinssatz für diese Dar-



lehen lag bei 7,64 Prozent und damit 1,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Wer seine Studiengebühren 10 Semester lang mit Darlehen finanziert, zahlt also nicht nur die 5.000 Euro Darlehen zurück, sondern auch noch 3.670 Euro Zinsen.

Jetzt hat die Regierung die Notbremse gezogen und setzt den Zinssatz auf 5,5 Prozent fest in der Erwartung, dass das Studiengebührendarlehen dadurch attraktiv und massenhaft nachgefragt wird. Zum Skandal, dass Studierenden aus einkommensschwächeren Elternhäusern die Verschuldung als sozialverträglich verkauft wird, kommt nun ein weiterer hinzu: die Spanne zwischen diesen 5,5 Prozent und dem Zinssatz der L-Bank soll in 2008 aus Landesmitteln und dann aus dem Studienfonds finanziert werden.

Der muss allerdings von den Hochschulen aus Landesmitteln finanziert werden, weil die Studiengebühren dafür nicht herangezogen werden dürfen. Im Klartext: die Renditeerwartung der L-Bank, die sich zu einem Zinssatz von 5,5 Prozent nicht in der Lage sieht, wird in Wahrheit durch Steuergelder finanziert.

Mittlerweile bestätigt sich unsere Prognose: immer größere Anteile der staatlichen Hochschulfinanzierung werden aus Studiengebühren

ersetzt. Die Uni Hohenheim stopft unverhohlen mit 1,2 Mio. Euro Studiengebühren ein Haushaltsloch und die PH Heidelberg muss ihr Lehrangebot kürzen, weil nach der neuen Geschwisterregelung weniger Studiengebühren zur Verfügung stehen.

Mit den Studiengebühren wird nicht nur unter den Gesichtspunkten von Chancengerechtigkeit und Hochschulfinanzierung Schindluder getrieben, sie gefährden mittelfristig auch die Innovationskraft unserer Wirtschaft. Deshalb wird sich am Ziel der SPD-Fraktion nichts ändern: die Studiengebühren müssen wieder abgeschafft werden.

Internet

www.mwk-bw.de

Homepage des Wissenschaftsministeriums mit Infos und Dokumenten zum Ausbauprogramm "Hochschule 2012"

www.hochschulverband.de

Deutscher Hochschulverband

www.studis.de/lak-bawue/

Landes-Asten-Konferenz

www.abs-bawue.de

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

Parlamentsanträge der SPD

20.07.2009	Drucksache 14/4871	Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Erhebung von Studentenwerksbeiträgen bei beurlaubten Studierenden
12.05.2009	Drucksache 14/4469	Sachstand Studiengebühren im Sommersemester 2009
29.01.2009	Drucksache 14/3945	Keine Studiengebühren in die Haushaltslöcher der Universität Hohenheim
20.01.2009	Drucksache 14/3614	Abschaffung der Studiengebühren und Ersatz der Einnahmen durch allgemeine Haushaltsmittel

Entscheidung junger Menschen für ein Leben mit Kindern erleichtern

In Baden-Württemberg leben zurzeit rund 1,7 Millionen Familien mit Kindern. Die überwiegende Zahl dieser Familien, rund 1,3 Millionen, sind Ehepaare mit Kindern. Hinzu kommen noch rund 300.000 Alleinerziehende und knapp 70.000 nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. In Baden-Württemberg sinkt die Zahl der Kinder. Noch im Jahr 2000 wurden pro Jahr rund 106.000 Kinder geboren. Heute ist diese Zahl auf rund 94.000 im Jahr gesunken. In den nächsten zwanzig Jahren wird der Anteil der Kinder von heute 15,4 auf 12,7 Prozent fallen.



Dies darf indessen nicht tatenlos hingenommen werden. Die SPD will, dass sich in Baden-Württemberg mehr junge Menschen als bisher für ein Leben mit Kindern entscheiden. Dazu müssen Bund, Land und Kommunen zusammenwirken. Im Land geht es der SPD-Fraktion darum,

- die Bildungs- und damit Zukunftschancen der Kinder zu verbessern. Die vorschulische Elementarbildung muss gestärkt werden. Im Kindergarten werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Schulbesuch gelegt.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu muss das Betreuungsangebot, insbesondere für Kleinkinder, massiv ausgebaut werden. Die SPD hat durchgesetzt, dass es ab dem Jahr 2013 für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gibt (vgl. unten).
- Kinder aus sozial benachteiligten Familien besser zu integrieren. Dazu muss vor allem die Sprachförderung im Kindergarten verbessert werden. Um Barrieren beim Zugang

zum Kindergarten abzubauen, wollen wir den Kindergartenbesuch, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr, schrittweise beitragsfrei stellen. Im letzten Jahr vor der Einschulung wollen wir den Kindergartenbesuch zur Pflicht machen.

- Kinder- und Familienarmut zu vermeiden. Das neue Elterngeld stellt einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Vermeidung von Familienarmut dar. Ergänzend dazu leistet das Landeserziehungsgeld einen wichtigen Beitrag. Es erhalten nur Familien mit geringem Einkommen. Die SPD will diese gezielte Hilfe für einkommensschwache Familien deshalb beibehalten und lehnt Pläne zur Umschichtung dieser Mittel für andere Zwecke ab, weil sie ungerecht sind und vor allem sozial schwache Familien benachteiligen.

Der Bund und die Länder haben im Herbst 2007 vereinbart, das Betreuungsangebot für Kleinkinder massiv auszubauen. Ab dem Jahr 2013 wird es einen Rechtsanspruch auf einen



Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes geben. Bis dahin soll für 35 Prozent aller Kleinkinder bis zum Alter von drei Jahren ein Betreuungsplatz geschaffen werden. Diese Beschlüsse sind ein familienpolitischer Meilenstein. Gerade für das Land, in dem zurzeit nur für rund 11 von 100 Kleinkindern Betreuungsplätze vorhanden sind, bedeutet der vereinbarte Ausbau der Kinderbetreuung einen familienpolitischen Durchbruch, der die Bildungschancen der Kinder und die Möglichkeiten für Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren, deutlich verbessert.

Die SPD hat einen Aktionsplan vorgelegt, mit dem die Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern zum Ausbau des Kleinkindbetreuungsangebots in Baden-Württemberg rasch umgesetzt und die Kommunen durch das Land wirksam unterstützt werden können. Kernpunkte des SPD-Aktionsplans sind eine deutlich stärkere Erhöhung des Landeszuschusses für Krippen und ein mittelfristig bis zum Jahr 2011 angelegter Ausbaupakt mit den Kommunen, der konkrete Vorgaben und Ausbauziele enthält.

Nach Ansicht der SPD sind die Kommunen in Baden-Württemberg nur dann in der Lage, mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder zu schaffen, wenn das Land seine bisher völlig unzureichende Förderung deutlich aufstockt.

Die SPD fordert deshalb als Sofortmaßnahme, den Landes-Betriebskostenzuschuss für Kinderkrippen von 10 auf 30 Prozent anzuheben. Die von der Landesregierung vorgesehene Erhöhung auf 20 Prozent ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nach wie vor unzureichend. Notwendig ist aus Sicht der SPD, dass das Land ein Drittel der Gesamtkosten trägt.

Internet

<http://familienpolitik.spd.de>
Argumente zur Familienpolitik der SPD

www.familien-wegweiser.de
Alles was Familien über staatliche Leistungen wissen müssen

www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de
Bundesweite Kampagne zur Stärkung der Familien

www.familienhandbuch.de
Vom Bundesministerium gefördertes Online-Portal des Staatsinstituts für Frühpädagogik mit breitem Angebot rund um das Thema Familie

Parlamentsanträge der SPD

04.11.2008	Drucksache 14/3479	Umsetzung des Bundes-Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013"
14.08.2008	Drucksache 14/3150	Gesetz zur Einführung des beitragsfreien Kindergartens in BW
12.06.2008	Drucksache 14/2851	Kinderarmut in BW und die Notwendigkeit einer landesspezifischen Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Mietwohnungsbau nicht vernachlässigen

Nach einer Studie der L-Bank besteht in Baden-Württemberg derzeit ein rechnerisches Wohnungsdefizit von 10.000 Wohneinheiten. Dabei sind einzelne Regionen stärker, andere schwächer betroffen. Programme, die dem Gießkannenprinzip folgen, sind deshalb ineffizient und verschwenden Steuergelder. Die SPD fordert seit langem, dass die Landesregierung in ihrem Wohnraumförderprogramm regionale Unterschiede stärker berücksichtigt. Vor allem die Groß- und Hochschulstädte, wo seit Jahren ein eklatanter Wohnungsmangel existiert, müssen besonders berücksichtigt werden.

Nach jahrelanger Missachtung hat die Landesregierung diese Problematik im Wohnraumförderprogramm 2009 erstmals in Angriff genommen und einen Programmteil für den Mietwohnungsbau in ihrer Förderung verankert. Mit lediglich 25 Mio. Euro Fördergelder, gerade einmal ¼ des gesamten Fördervolumens, fällt er aber viel zu gering aus. Neben der berechtigten Förderung von Eigentum ist es vor allem der Mietwohnungsbau, der eine stärkere öffentliche Unterstützung braucht. Denn mehr als 50 Prozent der Baden-Württemberger wohnen zur Miete.

Überdies haben sich die Bedürfnisse der Wohnungssuchenden gewandelt. Auch die steigende Mobilität der Bevölkerung verlangt einen stärkeren Fokus auf den Mietwohnungsbau.

Parlamentsanträge der SPD

17.02.2009	Drucksache 14/4053	Verkauf von Darlehensforderungen an die Landeskreditbank zur Förderung des Wohnungsbaus
27.02.2008	Drucksache 14/2406	Entwicklung des Bausparwesens



Wenn wir wieder mehr qualifizierte Fachkräfte halten und gewinnen möchten, dann müssen wir weit stärker als bisher für bezahlbare Mietwohnungen sorgen. Schlappe 56 Cent, die die Landesregierung derzeit pro Einwohner an Förderung ausgibt, reichen bereits heute und erst recht in Zukunft nicht mehr aus. Zum Vergleich: in Bayern sind es 8 und in NRW sogar 44 Euro.

Die SPD schlägt deshalb seit langem vor, dass die Landesregierung die Zweckentfremdung der Darlehensrückflüsse, die zur Förderung des Wohnungsbaus gewährt wurden, stoppt und garantiert, dass diese Gelder ausschließlich in die Förderung des Wohnungsbaus zurückfließen. Dies wäre ein erster Schritt in Richtung einer Wohnungsbaupolitik, die für alle Bewohner des Landes angemessenen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen sicherstellt.

Internet

www.mieterbund-bw.de
Deutscher Mieterbund Baden-Württemberg

Konkrete Maßnahmen für Chancengleichheit

Unser Grundgesetz gibt der Landespolitik vor, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Die Landesregierung vernachlässigt diesen Gleichstellungsauftrag.

Die von der Landesregierung in ihrem Aktionsprogramm Chancengleichheit 2006-2011 formulierten gleichstellungspolitischen Maßnahmen beschränken sich darauf, Kongresse durchzuführen und Berichte herauszugeben. Die Gleichstellungspolitik der Landesregierung besteht darin, unverbindliche Empfehlungen zu geben oder sogenannte "Best-Practice-Beispiele" zu sammeln. Wegen dieser Unverbindlichkeit hat der Landesfrauenrat dieses Aktionsprogramm heftig kritisiert und die Landesregierung aufgefordert, endlich konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Es gibt im Land in der Gleichstellungspolitik genügend Felder, auf denen nicht unverbindliche Ankündigungen, sondern konkrete Taten gefordert sind. So gilt das baden-württembergische Chancengleichheitsgesetz für den öffentlichen Dienst im Gegensatz zu den Frauenerfordergesetzen anderer Bundesländer für den kommunalen Bereich nur sehr eingeschränkt. Die SPD fordert seit langem, dass die Stadt- und Landkreise und die Gemeinden mit mehr als 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern uneingeschränkt in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen werden.



In der Landesverwaltung nimmt der Anteil von Frauen in Führungspositionen nur in Trippelschritten zu. Seit dem Jahr 2005 hat sich die Zahl der Frauen, die in Führungspositionen der Besoldungsgruppen A 16 bzw. in der B-Besoldung beschäftigt sind, nur geringfügig erhöht. In der Besoldungsgruppe A 16 um 2,7 Prozent auf durchschnittlich 17,1 Prozent und in der B-Besoldung um 4,3 Prozent auf durchschnittlich 12,4 Prozent. Damit liegt die Landesverwaltung noch weit unter dem auch sehr geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen in der privaten Wirtschaft, der in Baden-Württemberg bei 18,3 Prozent liegt. Macht die CDU/FDP-Koalition in diesem Tempo weiter, dann dauert es ungefähr 20 Jahre bis die Hälfte aller Führungspositionen in der Landesverwaltung mit Frauen besetzt sind.

Internet

www.frauen-aktiv.de
Frauenportal des Sozialministeriums BW

www.landesfrauenrat-bw.de
Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Parlamentsantrag der SPD

29.01.2008 Drucksache 14/2295

Stand der Umsetzung des Chancengleichheitsgesetzes in der öffentlichen Verwaltung

Nur wer gut Deutsch kann, wird richtig dazugehören

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Der Anteil der 2,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung liegt bei 25 Prozent. Bei den unter 18-jährigen hat sogar jeder Dritte keine ausschließlich deutsche Herkunft.

Wirtschaft und Gesellschaft in Baden-Württemberg sind aufgrund der demographischen Entwicklung dringend darauf angewiesen, die vielfältigen Potentiale unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund zu nutzen. Grundvoraussetzung hierfür ist eine gelungene Integration. Und diese gelingt nur, wenn wir den Zugang zu Bildung und Ausbildung sicherstellen.

Nach langem Zögern hat die Landesregierung einen Integrationsplan erstellt. Nun gilt es, diesen mit Leben zu erfüllen. Das Erlernen der deutschen Sprache muss das A und O der Integrationspolitik des Landes sein. Nur hierdurch kann der verheerende Kreislauf "sprachlos, bildungslos, chancenlos" verhindert werden. Neben der gezielten Sprachförderung in Schule und Kindertagesstätten setzen wir uns ein für ein verpflichtendes und kostenfreies letztes Kindergartenjahr und einen obligatorischen Sprachtest bereits im Vorschulalter.

Flankierend ist auch eine angemessene sprachliche Förderung der Eltern notwendig. Weiter müssen Lehrer und Erzieher sprachpädagogisch geschult werden und in interkulturellen Fragen angemessene Unterstützung erhalten. Dies sind die ersten Schritte auf



dem Weg zu Chancengleichheit und wirtschaftlicher Teilhabe.

Klar ist: Integration ist ein beiderseitiger Prozess. Sie verlangt das Engagement unserer gesamten Gesellschaft, auch der Migranten. Aber die Investitionen werden sich für beide Seiten lohnen: die Folgekosten einer verfehlten Integrationspolitik wären weitaus höher, als die Kosten frühzeitiger und umfassender Integrationshilfen.

Integration liegt im Interesse aller. Nicht nur unsere Wirtschaft ist dringend darauf angewiesen, auch unser gesellschaftliches Leben wird durch kulturelle Vielfalt bereichert.

Internet

<http://links.parsimony.net/links8455/>
Linkliste des Justizministers zur Ausländer- und Integrationspolitik

Parlamentsantrag der SPD

01.04.2009 Drucksache 14/4280

Sprachförderangebote für alle förderbedürftigen Kinder

Soziale Gerechtigkeit und aktive Teilhabe in einer freiheitlichen Gesellschaft

Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Er hat Millionen von Menschen aus den Zwängen ihrer Herkunft befreit, vor Härten des Marktes geschützt und ihnen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet. Der Sozialstaat ergänzt die bürgerlichen Freiheitsrechte durch soziale Bürgerrechte. Er ist eine entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche Dynamik, die unseren Wohlstand schafft. Für die SPD gehören Demokratie und Sozialstaat zusammen.

Der Sozialstaat ist die organisierte Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen, den Nichtbehinderten und den Behinderten. Das Fundament des Sozialstaates bilden auch in Zukunft staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen sowie die Arbeitnehmerrechte. Auch in unserer Gesellschaft bestehen große soziale Gegensätze. Gestaltende Politik darf vor dieser Kluft nicht kapitulieren, sondern muss die Menschen vor dem Absturz in Armut schützen und allen Schichten die Chance zu sozialem Aufstieg eröffnen. Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekärer werden, wird die zentrale Funktion des Sozialstaates noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Nur wer sich abgesichert weiß, wird Risiken eingehen. Nur wer Chancen hat, wird sich anstrengen.

Um dieses Versprechen von Sicherheit und Aufstieg in unserer Zeit zu erneuern, will die SPD den Sozialstaat zum vorsorgenden Sozialstaat weiterentwickeln: Der vorsorgende Sozialstaat bekämpft Armut und befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu

meistern. Vorsorgende Sozialpolitik fördert Existenz sichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention. Sie verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Sie entlässt niemanden aus der Verantwortung für das eigene Leben. Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als ein zentrales Element der Sozialpolitik.

Die zentralen Ziele des vorsorgenden Sozialstaates sind Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation. Sicherheit bedeutet den Schutz der Menschen vor existenzieller Not, vor Ausbeutung, vor Diskriminierung, vor elementaren Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Zugleich schafft Sicherheit erst die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Die Qualität des Sozialstaates bemisst sich sowohl an der Qualität und Quantität von Transferleistungen, als auch an der Gewährleistung tatsächlicher Lebenschancen, die allen von Anfang an und immer aufs Neue offenstehen müssen. Je früher, individueller und wirksamer das Prinzip der Vorsorge praktiziert wird, desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern. Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten. Vorsorgende Sozialpolitik lässt das Kind, wenn es in den Brunnen gefallen ist, nicht im Stich, kümmert sich aber auch darum, dass es überhaupt nicht soweit kommt.

Die SPD steht für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung ein. Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern gewährleisten.

Teilhabe der älteren Menschen verbessern

Das Jahr 2000 markierte für Baden-Württemberg eine demografische Zeitenwende. Seit diesem Jahr leben erstmals in der Geschichte des Landes mehr ältere als jüngere Menschen. Der demografische Wandel ist durch zwei fundamentale Entwicklungen gekennzeichnet: Es werden weniger Kinder geboren als früher und die Lebenserwartung der Menschen nimmt deutlich zu.

Im Ergebnis führt dies zu einem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung und längerfristig zu einem Rückgang der Bevölkerung, in Baden-Württemberg allerdings deutlich später als im übrigen Bundesgebiet. Der Anteil der älteren Generation wird von 24 Prozent auf 39 Prozent um das Jahr 2050 ansteigen. Dagegen dürfte der Anteil der Jüngeren von heute etwa 21 Prozent auf rund 15 Prozent sinken. Bereits um 2030 wären im Land die unter 20-Jährigen nur noch halb so stark in unserer Gesellschaft vertreten wie die 60-Jährigen und Älteren.

Diese demografische Entwicklung hat Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Für die Politik im Land ist das eine gewaltige Herausforderung. Davor die Augen zu verschließen, wäre verhängnisvoll. Die alternde Gesellschaft bietet aber zugleich völlig neue Chancen, für die alten Menschen selbst wie auch für unser Gemeinwesen insgesamt.

Die Enquetekommission "Demografischer Wandel" des 13. Landtags hat deshalb im Jahre



2005 einen umfangreichen Katalog von Handlungsempfehlungen vorgelegt. Diese konzentrieren sich auf Maßnahmen im Bereich der Bildungspolitik, der Politik für ältere Menschen und der öffentlichen Infrastruktur. Die SPD hat in einem umfangreichen Sondervotum konkrete Vorschläge vorgelegt, wie der demografische Wandel gestaltet werden kann.

Die Landesregierung hat demgegenüber kein Konzept zur Gestaltung des demografischen Wandels. Im Gegenteil. Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission, die in wichtigen Politikbereichen bereits von der Kommissionmehrheit aus CDU und FDP auf unverbindliche Prüfaufträge beschränkt wurden, werden von ihr weiter verwässert. Dies ist nicht hinnehmbar. Es reicht nicht aus, sich landespolitisch nur auf unverbindliche Absichtserklärungen zu beschränken. Die Ernennung einer für dieses Thema zuständigen Staatsrätin ist vor diesem Hintergrund nur folgenlose Symbolpolitik.

Internet

www.landesseniorenrat-bw.de
Landesseniorenrat Baden-Württemberg

Parlamentsanträge der SPD

19.03.2009	Drucksache 14/4221	Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg
14.11.2008	Drucksache 14/3579	Sicherung der geriatrischen Rehabilitation

Antragsstau im Krankenhausbau auflösen

Zwar ist Gesundheitspolitik in erster Linie Sache des Bundes, aber auch das Land trifft auf diesem Gebiet wichtige Entscheidungen. So ist die Förderung des Krankenhausbaus mit insgesamt 344 Millionen Euro im Jahre 2008 einer der größeren Investitionsposten im Landeshaushalt.

Zudem gehört es zu den Aufgaben des Landes, eine flächendeckende bedarfsgerechte Krankenhausversorgung zu gewährleisten. Diese Krankenhausplanung steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen.

Durch die Einführung des Fallpauschalensystems wird die Vergütung der Krankenhausbehandlung auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Damit verändern sich die finanziellen Rahmenbedingungen für unsere Krankenhäuser grundlegend. Es wird deshalb zu spürbaren Veränderungen unserer Krankenhausinfrastruktur kommen, auf die sich die Krankenhausplanung im Land einstellen muss.

Der Wandel der Krankenhausinfrastruktur im Land hat auch erhebliche Folgen für den Investitionsbedarf unserer Krankenhäuser. Der notwendige Umbau und Neubau von Krankenhäusern erfordert in den nächsten Jahren Investitionsmaßnahmen in erheblichem Umfang. Leider trägt die Krankenhausplanung der Landesregierung diesem Umstand bisher nicht ausreichend Rechnung. Im Gegenteil: Die Investitionsförderung des Landes ist seit Jahren



unzureichend. Gegenwärtig stauen sich die Anträge bei Maßnahmen, die die Landesregierung selbst für dringlich erachtet, auf rund 1,125 Milliarden Euro.

Deshalb fordert der Bericht der von der Landesregierung selbst eingesetzten Expertenkommission "Zukunft der Krankenhausstruktur Baden-Württemberg" völlig zu Recht die Höhe der Investitionsförderung dem Finanzbedarf anzupassen. Dem ist die Landesregierung jedoch bisher nicht nachgekommen. Die leichte Anhebung der Fördermittel in den letzten Jahren hat lediglich Kürzungen aus der Vergangenheit wieder rückgängig gemacht.

Die SPD will demgegenüber sicherstellen, dass ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit sich der Antragsstau zügig abbauen lässt.

Internet

www.bwkg.de
Krankenhausgesellschaft
www.geqik.de
Qualitätssicherung im Krankenhaus
www.aok-bw.de
AOK Baden-Württemberg

Parlamentsantrag der SPD

26.02.2008	Drucksache 14/2401	Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung
------------	--------------------	--

Politik für Menschen mit Behinderungen

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden, - so lautet der Auftrag des Grundgesetzes. Diese Formulierung hat auch Eingang in die Landesverfassung gefunden. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, bestehende Benachteiligungen in allen gesellschaftlichen Bereichen abzubauen und Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft zu integrieren. Politik für behinderte Menschen ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche umfassen muss.

Das Selbstverständnis von Menschen mit Behinderungen und die Grundlagen der Politik in diesem Bereich haben sich in den letzten Jahren tiefgreifend gewandelt. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr die Fürsorge und die Versorgung von Menschen mit Behinderungen, sondern ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Beseitigung der Hindernisse, die ihrer Chancengleichheit entgegenstehen.

Im Land geht es vordringlich um eine Novellierung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG). Die SPD hat dazu Eckpunkte vorgelegt. Das bisherige Gesetz, so die ernüchternde Erfahrung von Menschen mit Behinderungen, hat sich als zahnlöser Tiger erwiesen. Das Gesetzesziel wird infolge viel zu vieler Ausnahmeregelungen verfehlt. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass das Landesgesetz hinter den Regelungen anderer Bundesländer und des Bundes zurückbleibt.



Wichtige Punkte, in denen die SPD Novellierungsbedarf sieht, sind die Bestellung eines Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen, der unabhängig von der Landesregierung tätig ist und über eine angemessene Infrastruktur verfügt.

Das Benachteiligungsverbot für öffentliche Stellen im L-BGG, das Menschen mit Behinderungen im Umgang mit Behörden das Recht auf die Verwendung der Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen und das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung des Schriftverkehrs garantiert, soll auf den kommunalen Bereich ausgeweitet werden. Bisher gelten diese Vorschriften nur für Landesbehörden.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert außerdem, dass die Stadt- und Landkreise sowie Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern gesetzlich verpflichtet werden, eine Persönlichkeit zur Beratung in Fragen der Behindertenpolitik zu bestellen.

Parlamentsanträge der SPD

13.05.2009	Drucksache 14/4477	Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes
25.03.2009	Drucksache 14/4248	Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen

Bau von Pflegeheimen bedarfsgerecht fördern

Pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen, ist eine der zentralen landespolitischen Zukunftsaufgaben. Derzeit gibt es im Land rund 225.000 Pflegebedürftige. Fast die Hälfte davon, nämlich 46 Prozent, werden von ihren Familienangehörigen zu Hause gepflegt. Weitere 21 Prozent werden zu Hause durch ambulante Pflegedienste versorgt. Die restlichen 33 Prozent leben dauerhaft in Pflegeheimen.

Das Statistische Landesamt schätzt, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in den nächsten 20 Jahren zwischen 40 und 50 Prozent zunehmen wird. Vor diesem Hintergrund muss das Angebot für pflegebedürftige Menschen ausgebaut und verbessert werden. Insbesondere Angehörige, die Menschen zu Hause pflegen, benötigen ergänzende Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege.

Das baden-württembergische Landespflegegesetz definiert die Förderung des Vor- und Umfelds der Pflege und von Pflegeheimen als eine gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen. Die Landesregierung kommt ihren Pflichten aber nicht richtig nach. Anstatt Pflegebedürftige und pflegende Angehörige zu unterstützen, hat sie die Förderung von Hilfsangeboten im Vorfeld und Umfeld der Pflege systematisch zurückgefahren.



Auch bei der stationären Pflegeinfrastruktur lässt die Landesregierung die nötige Förderung vermissen. Nach dem Pflegeversicherungsgesetz ist das Land für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen Versorgungsstruktur verantwortlich. Hauptaufgabe ist die Förderung der Investitionskosten in stationären Pflegeeinrichtungen. Um den Bedarf zu decken, müssen in den nächsten zehn Jahren mindestens 10.000 zusätzliche stationäre Pflegeplätze geschaffen werden. Dazu wären jährlich rund 63,5 Mio. Euro Fördergelder nötig. Von einer solchen Summe ist das Land indessen weit entfernt.

Die SPD spricht sich dafür aus, dass der Antragsstau abgebaut und die Pflegeheimförderung langfristig auf bedarfsgerechte Beine gestellt wird. Den Plan der Landesregierung, die Pflegeheimförderung nach dem Jahr 2010 ganz einzustellen, lehnt die SPD ab.

Parlamentsanträge der SPD

05.05.2009	Drucksache 14/4440	Heimvertragsrechtliche Vorschriften im Landesheimgesetz
06.11.2008	Drucksache 14/3534	Ausbildungsgänge in der Krankenpflege und in der Altenpflege

Qualität der Wasserversorgung durch Privatisierung und EU-Pläne bedroht

Die EU nimmt die kommunale Daseinsvorsorge ins Visier des Wettbewerbsrechts. Leistungen der Daseinsvorsorge sind Tätigkeiten, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht werden und mit spezifischen Gemeinwohlverpflichtungen verknüpft werden. Im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge zählen dazu insbesondere die Energie-, Wasser- und Abwasserversorgung, die Abfallbeseitigung und der öffentliche Nahverkehr.

Die kommunal erbrachten Dienstleistungen sind im letzten Jahrzehnt erheblich modernisiert worden, beispielsweise durch die Gründung von Stadtwerken in privater Rechtsform, durch Kooperation mit anderen Gebietskörperschaften, durch Gründung öffentlich-privater Partnerschaften sowie durch Verkäufe oder Teilverkäufe von öffentlichen Unternehmen an Private. Damit ist auch ein Markt für Dienste der Daseinsvorsorge entstanden, auf dem sich unterschiedliche Träger gegenüberstehen.

Hier setzen insbesondere die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof an. Sie bewerten diese Bereiche als binnenmarktrelevante Dienstleistungen. Es entsteht so bei kommunalen öffentlichen Dienstleistungen ein Druck in Richtung Liberalisierung und Privatisierung. Der europäische Binnenmarkt kann jedoch nicht bedeuten, dass jegliche Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen ausschließlich nach dem europäischen Wettbewerbs- und Vergaberecht zu erfolgen hat. Zu einem funktionierenden Gemeinwesen gehören



auch ein leistungsfähiger Staat und leistungsstarke Kommunen. Deshalb muss im europäischen Vergaberecht sichergestellt werden, dass zumindest für die rein interkommunale Zusammenarbeit das europäische Vergaberecht nicht greift.

Am Beispiel der Wasserversorgung hat die SPD-Landtagsfraktion deutlich gemacht, wie mit einem Bündel von landespolitischen Maßnahmen ein wichtiger Beitrag gegen die weitere Privatisierung erreicht werden kann: Das Gesetz zur kommunalen Zusammenarbeit Baden-Württemberg (GKZ) muss so geändert werden, dass künftig kein Privater Mitglied eines Zweckverbandes sein kann. Die bisherige Regelung in der Gemeindeordnung zu Energie- und Wasserverträgen muss dahingehend erweitert werden, dass bei einer beabsichtigten Beteiligung von privatem Kapital an einem Wasserversorgungsunternehmen dem Gemeinderat vor der Beschlussfassung ein Gutachten zu den Auswirkungen auf künftige Vergaben und Konzessionen vorgelegt werden muss.

Parlamentsantrag der SPD

09.04.2008	Drucksache 14/2591	Zukunft der Wasserversorgung in Baden-Württemberg
------------	--------------------	---

Freiheitsrechte der Bürger nicht im Namen der Sicherheit zu Tode schützen

Leitgedanke der SPD ist der soziale Rechtsstaat, der Bürgerrechte und die Freiheit vom Obrigkeitsstaat garantiert. Auch in Zeiten neuer Bedrohungen und gesteigener Terrorgefahr darf man bei der Stärkung der Inneren Sicherheit nicht vergessen, dass nicht die Verteidigung der Bürgerrechte der Rechtfertigung bedarf, sondern deren Einschränkung.

Vor diesem Hintergrund lehnt die SPD gesetzgeberischen Aktionismus ab. Die Annahme, dass viele Gesetze automatisch auch viel Sicherheit bedeuten, ist ein Trugschluss. Vielmehr bedarf es der besonnenen Analyse, welche Maßnahmen tatsächlich bei der Verhütung und Aufklärung von Verbrechen nützlich sind. Dabei müssen der erhoffte Zugewinn an Sicherheit für alle und die gewünschte Bewahrung von Freiheitsrechten des einzelnen immer sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Der Rechtsstaat darf sich nicht im Namen der Terrorbekämpfung schleichend in einen Präventionsstaat verwandeln. Für die innere Sicherheit dürfen wir keine Instrumente einsetzen, die das untergraben, was sie schützen sollen: den freiheitlichen Rechtsstaat.

Dies gilt sowohl für die Diskussionen auf Bundesebene, wie z.B. dem Bundeswehreininsatz im Inneren, dem vorsätzlichen Abschuss von Flugzeugen oder der Online-Durchsuchung, als auch auf Landesebene, wenn es etwa um die Ausweitung der Videoüberwachung oder die automatische Kennzeichenüberprüfung von Fahrzeugen geht.

Die SPD ist der Ansicht, dass es oftmals gar nicht an einer Eingriffsbefugnis der Polizei mangelt, sondern vielmehr schlicht am fehlenden Personal. Das Vollzugspersonal wird seit



Jahren reduziert. Die Landesregierung wird bis zum Jahr 2010 weitere knapp 1.000 Stellen im Vollzug und knapp 300 Stellen in der Verwaltung streichen. Hinzu kommen hohe pensionsbedingte Abgänge, deren Zahl durch die nachrückenden Anwärter nicht kompensiert werden kann.

Die SPD will diese desolante Personalsituation verbessern. Innere Sicherheit nach Kassenlage darf es nicht geben. Die Landesregierung darf die Polizei nicht nur als finanzielle Belastung wahrnehmen, sondern muss sie als Garant unserer Sicherheit unterstützen. Das geringe Einstiegsgehalt, die schlechten Beförderungsaussichten und der zunehmende Respektverlust lassen die Attraktivität dieses Berufs leider vehement sinken.

Auch im Bereich der Fortbildung besteht dringender Nachholbedarf. Bei neuen Deliktformen im Internetbereich bedarf es spezieller Kenntnisse. Die Polizei darf hier auf keinen Fall abgehängt werden. Ebenso muss die technische Ausstattung auf einen modernen Stand gebracht werden.

Genauso wenig darf die Justiz als wichtiger Garant für die Sicherheit der Bürger aus den Augen verloren werden. Eine angemessene personelle und technische Ausstattung der Gerichte, der Justizvollzugsanstalten und der Gerichtsvollzieher dient dazu, Verfahren zeitnah und mit individueller inhaltlicher Auseinandersetzung abzuschließen. Den Privatisierungstendenzen in diesem Bereich steht die SPD sehr kritisch gegenüber. Wir wollen einen schlanken Staat, der seine hoheitlichen Aufgaben effektiv und zuverlässig wahrnimmt.



Großen Wert legt die SPD darauf, die Bürger bei den Entwicklungen im Sicherheitsbereich mit einzubeziehen. So muss sich die Bevölkerung auf die neuen Gefahrenlagen einstellen, etwa indem sie mit ihren persönlichen Daten - sei es bei einem kommerziellen "Rabattpunktesammelkonto", dem digitalen Fernsehen oder bei Bestellungen im Internet - wesentlich sensibler umgeht und verfügbare Sicherheitsmechanismen anwendet.

Die politische Verantwortung für die öffentliche Sicherheit darf nicht bei der Angst vor terroristischen Anschlägen und der Kriminalität aufhören. Die Menschen werden ebenso von Sorgen um ihren Arbeitsplatz, der Gefährdung ihres Lebensstandards, dem Verfall sozialer Strukturen, ihrer Sicherung im Alter und

dem Verlust der natürlichen Lebensgrundlagen umgetrieben. Auch diese Aspekte setzen den Rahmen für die Verwirklichung von Bürgerrechten, denn sie haben entscheidenden Einfluss, ob sich der Einzelne in der Gesellschaft als selbstbewusster Akteur oder nur als Objekt staatlichen Handelns begreift.

Internet

www.im.baden-wuerttemberg.de
Innenministerium Baden-Württemberg

www.polizei-bw.de
Jede Menge Informationsangebote der Polizei in Baden-Württemberg

Parlamentsanträge der SPD

30.07.2009	Drucksache 14/4934	Rechtsgrundlage für Alkoholverbot
29.06.2009	Drucksache 14/4735	Entsorgung von ausgedienten Waffen der Landespolizei
04.03.2009	Drucksache 14/4111	Kommunale Ordnungsdienste und private Sicherheitsdienste
14.10.2008	Drucksache 14/3359	Personalsituation im Vollzugsdienst der Polizei
14.10.2008	Drucksache 14/3358	Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei

Kinder und Jugendliche mehr beteiligen

Ziel aller Bemühungen in der Jugendpolitik muss es sein, Kindern und Jugendlichen gute Zukunftschancen zu eröffnen. Jugendpolitik darf aber nicht nur Politik *für* Jugendliche sein, sie muss stets Politik *mit* Jugendlichen sein. Junge Menschen sollen grundsätzlich bei allen sie betreffenden Fragen beteiligt werden. Dazu gibt es viele Möglichkeiten: in Vereinen und Institutionen, Schule und Jugendarbeit, auf kommunaler wie auf Landesebene. Jugendforen müssen ausgebaut und Jugendgemeinderäte mehr Rechte bekommen, z.B. ein Antrags- oder Rederecht. Wir wollen das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.

Unsere Schulen müssen ein zentraler Platz für die Einübung von Demokratie und sozialem Lernen sein. Das heißt aber, dass die Schülermitverantwortung ein stärkeres Gewicht erhält und der Anteil der Schüler in der Schulkonferenz auf ein Drittel erhöht wird. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Schulgesetz verbindlich verankert wird. Damit wollen wir erreichen, dass sich schulische und außerschulische Bildung auf gleicher Augenhöhe begegnen sowie Schulentwicklung und Jugendhilfeplanung besser miteinander verzahnt werden.

Die außerschulische Jugendbildung muss anerkannter Teil der Bildungslandschaft werden, das Engagement junger Menschen ist entsprechend zu würdigen. Doch das von CDU und



FDP verabschiedete Gesetz ist ein "Ehrenamtsverhinderungsgesetz". Die SPD hat gefordert, die Freistellungstage von Azubis nicht von zwölf auf fünf Tage zu reduzieren - leider erfolglos. CDU und FDP sind Wirtschaftsinteressen wichtiger als das Ehrenamt, obwohl viele Arbeitgeber gerade die bei diesem Engagement gewonnene soziale Kompetenz hoch schätzen.

Die Träger benötigen eine verlässliche Regelfinanzierung statt eines Dschungels unüberschaubarer Projektförderung. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Landesjugendplan als zentrales Finanzierungsinstrument erhalten bleibt bzw. ausgebaut wird. Die Landespolitik muss bewährte Strukturen in der Jugendhilfe (z.B. Jugendamt, Jugendhilfeausschüsse) erhalten und gleichzeitig innovative Ansätze fördern. Hierzu sind beispielsweise Landesarbeitsgemeinschaften besonders geeignet.

Internet

www.ljrbw.de
Landesjugendring Baden-Württemberg

www.jugendgemeinderat.de
Dachverband der Jugendgemeinderäte

www.jugendserver.de
Infoportal des Bundesjugendrings

Parlamentsanträge der SPD

01.07.2009	Drucksache 14/4749	Gesetzlichen Jugendmedienschutz verbessern
15.12.2008	Drucksache 14/3780	Demokratie lernen und leben - Politische Bildung in Baden-Württemberg

Lobeshymnen sind gut, mehr Geld wäre besser

Viele Kinder sind zu dick und leiden unter Bewegungsmangel. Untersuchungen haben ergeben: wer nicht schon im Kindesalter mit Sport in Berührung kommt, hat Defizite in der Schule. Deshalb brauchen wir ein verstärktes Sportangebot in Kindertageseinrichtungen, wobei hierzu gut qualifiziertes Personal notwendig ist. In den Schulen gehört der Sportunterricht immer noch zu denjenigen Fächern, die häufig ausfallen oder fachfremd unterrichtet werden. Das muss sich ändern.

Die Ganztagschulen sind für die Sportvereine eine große Chance, diejenigen Kinder für den Sport zu begeistern, die ansonsten nicht den Weg in die Vereine finden würden. Allerdings sind hierfür auch zusätzliche finanzielle Mittel für passendes pädagogisches Personal erforderlich.

Unsere Sportvereine können sich durch großes ehrenamtliches Engagement vielfältige Leistungen auf ihre Fahne schreiben. Ihre integrativen und sozialen Funktionen können nicht hoch genug gewürdigt werden. Dazu gehört auch, sich mit attraktiven gesundheitsvorsorgenden Fitness-Angeboten noch stärker für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu öffnen.

Nach massiven Einschnitten in den letzten Jahren hat die Landesregierung nun den "Solidarpakt Sport" beschlossen. Der Sport erhält dadurch zwar vordergründig Planungssicherheit, an der seit Jahren vorhandenen Unter-



finanzierung ändert sich aber nichts. Der Investitionsstau im kommunalen und Vereins-sportstättenbau ist weiterhin gigantisch.

Immerhin bleibt dem Sport das peinliche Spiel der Landesregierung erspart, im Sportbereich immer wieder Kürzungen vorzunehmen, um sich anschließend als Wohltäterin darzustellen, wenn die Landesförderung auf Basis dieser Kürzungen fortgeschrieben wird. Der Sport braucht nicht nur lobende Worte bei politischen Feierlichkeiten, sondern verlässliche finanzielle Unterstützung. Kurzum: der Kahl-schlag muss ein Ende haben.

Internet

www.sport-in-bw.de
Alles zum Sport in Baden-Württemberg

www.schulsport-in-bw.de
Portal des Kultusministeriums

www.lis-in-bw.de
Landesinstitut für Schulsport

Parlamentsanträge der SPD

10.08.2009	Drucksache 14/4979	Sport im Land weiter fördern
11.02.2009	Drucksache 14/4022	Sportunterricht an Grundschulen

Was drauf steht, muss auch drin sein

Ob es um Energieversorgung, Postdienstleistungen oder Krankenversicherung geht, um den Einzug der elektronischen Medien in unsere Privathaushalte, oder um den täglichen Lebensmitteleinkauf: noch nie waren Verbraucherschutz, Verbraucherrechte und anbieterunabhängige Verbraucherinformation so wichtig wie heute.

Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor wirtschaftlichem und gesundheitlichem Schaden. Die Konsumenten möchten wissen, ob sie Schinken und Käse essen oder Imitate und Ersatzmasse auf dem Teller haben. Telefon-Abzocke oder Abo-Fallen im Internet muss gesetzlich ein Riegel vorgeschoben werden. Die Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, wie wichtig eine anbieterunabhängige Beratung bei Finanzprodukten der Banken ist. Verbraucheraufklärung, staatliche Kontrollen und Informationsfreiheit der Verbraucher sind unverzichtbar, um das Vertrauen der Bürger in Produkte und Dienstleistungen zu erhalten.

Im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftsinteressen und dem Schutz der Verbraucher ziehen letztere bei der Landesregierung immer den Kürzeren. Die Berufung einer "Kommission Verbraucherschutz" verdient zwar Lob, aber an der Umsetzung ihrer Empfehlungen hapert es. Die Zuschüsse für die Verbraucherzentrale stehen im Ländervergleich kümmerlich da.



Ein Verbraucherinformationsgesetz, das seinen Namen verdient, gibt es nicht.

Noch immer fehlen 120 Kontrolleure bei der Lebensmittelüberwachung als Folge der Zerschlagung des polizeilichen Wirtschaftskontrolldienstes, und dies trotz steigender Kontrollaufgaben. Das Qualitätszeichen Baden-Württemberg gaukelt den Verbrauchern zu Unrecht erhöhte Qualität vor und wird überdies von den Erzeugern selbst überwacht. Um seinem Namen gerecht zu werden, muss es Produkte mit einer überdurchschnittlichen Qualität bei Erzeugung und Verarbeitung auszeichnen. Dazu gehört auch das Merkmal "ohne Gentechnik".

Bei der Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln ist die "Ampel" die verbraucherfreundlichste Lösung, weil sie gut erkennbar, farbig, unmittelbar und leicht verständlich auf der Vorderseite der Verpackung angebracht ist. Damit fällt es Verbrauchern leichter, sich zugunsten gesunder Produkte zu entscheiden.

Parlamentsanträge der SPD

22.10.2008	Drucksache 14/3431	Stärkung der unabhängigen Finanzberatung bei der Verbraucherzentrale angesichts der aktuellen Finanzkrise
15.05.2008	Drucksache 14/2726	Nährwertkennzeichnung

Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung durchsetzen

Die zahlreichen Datenschutzskandale der jüngsten Zeit haben Öffentlichkeit und Politik aufgeschreckt. Die Mitarbeiterüberwachung und Bespitzelung bei Lidl, Deutsche Bank, Siemens, Bahn und Telekom, bei der Drogeriekette Müller, bei der Großbäckerei Sehne, aber auch etwa bei der Stadt Stuttgart sind womöglich nur die Spitze des Eisbergs. Und Google präsentiert im Internet ganze Straßenzüge mit detaillierten Hausansichten und Details zu Personen und Fahrzeugen, die dann von Interessierten auch zum Ausspähen genutzt werden können.

Nicht nur die Privatwirtschaft macht derzeit mit eklatanten Verstößen gegen den Datenschutz von sich reden. Auch öffentliche Stellen verstoßen gegen geltende Gesetze oder nutzen Gesetzeslücken teilweise schamlos aus.

Ein erster Fortschritt wurde nun auf Bundesebene mit dem geänderten Datenschutzrecht erreicht: Persönliche Daten wie Adressen können nun nicht mehr völlig frei gehandelt werden und die betrieblichen Datenschutzbeauftragten werden gestärkt. Die SPD will keine gläsernen Belegschaften und fordert deshalb ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Es müssen klare Grenzen gezogen werden z. B. für die Videoüberwachung, die Überwachung von E-Mails und die Kontrolle der Internetnutzung am Arbeitsplatz, den Einsatz von Detektiven gegenüber Mitarbeitern sowie



den Umgang mit Gesundheitsdaten. Und der Fall Stuttgart zeigt, dass auch der Datenzugriff von Kontrollinstanzen wie etwa der Innenrevision enger gesetzlicher Vorgaben bedarf. Einen umfassenden anlass- und verdachtslosen Datenabgleich darf es nicht geben.

Die baden-württembergische Landesregierung musste ihre Datensammelwut, etwa im Polizeigesetz, zügeln. Das hat ihr das Bundesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben. Sie muss aber endlich auch den Datenschutz für die öffentliche Verwaltung und für die Privatwirtschaft in einer schlagkräftigen und unabhängigen Behörde zusammenfassen, die dann auch über genügend Personal verfügt. Die SPD fordert dies seit Jahren.

Parlamentsanträge der SPD

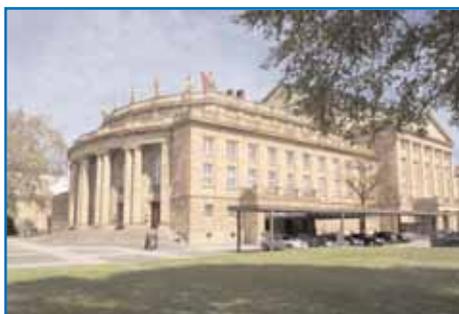
17.06.2009	Drucksache 14/4642	Justizunterlagen im Müll entsorgt
13.05.2009	Drucksache 14/4478	Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich
11.02.2009	Drucksache 14/4011	Überprüfung von Datenabgleichen durch den Landesdatenschutzbeauftragten

Integration durch Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind nicht nur Basis unseres intellektuellen Potenzials, nicht nur Grundlage von Wissensvermittlung, sondern auch eine immer notwendiger werdende Klammer im Prozess der fortschreitenden Individualisierung. Sie sind eine integrierende Kraft und damit ein Weg, um die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Die Zentrifugalkräfte der Industrie- und Wissensgesellschaft sprengen unser Gemeinwesen, wenn es nicht das Korrektiv einer offensiven, großzügigen Kulturpolitik gibt. Aber genau daran fehlt es.

Kultureinrichtungen bekommen heute in Baden-Württemberg gedeckelte Haushalte verpasst. Die Zuwendung der Landesregierung zur Kultur und zu den Künsten beschränkt sich symbolisch auf Grußworte des Ministerpräsidenten meist an Feiertagen.

Das wirkliche Kulturverständnis der Landesregierung kam zum Vorschein, als erste kritische Berichte zum drohenden Schicksal der badischen Kulturgüter Furore machten. Dabei wurde offenkundig, dass den Landesvater auch in Fragen der Kultur nicht das Feuilleton, sondern der Wirtschaftsteil interessiert. Das war nicht nur vor dem Hintergrund des Debakels um den Verkauf der badischen Handschriften, sondern auch mit Blick auf das nationale und internationale Echo ein beschämender Vorgang. Dass unter den Augen der Landesregierung das berühmte Wolfegger Hausbuch



rechtswidrig außer Landes verbracht wurde, komplettiert das Bild. Die Rückholung dieses wertvollen Kunstwerks war letztlich dem Druck der SPD im Landtag und der öffentlichen Aufmerksamkeit zu verdanken.

Die Landesregierung missachtet die gestaltende, integrierende Kraft der Kunst und der Kultur. Sie verspielt damit die Möglichkeit, mit Kultur und Kunst Voraussetzungen zu schaffen für jenen Bereich der Bildung, der das im Menschen freisetzt, was Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft voranbringt - nämlich Kreativität.

Kultur muss mehr sein dürfen als freundlich stimmende Dekoration einer immer schwierigeren Lebens- und Arbeitswelt. Sie muss mehr bedeuten als Ablenkung von den Misslichkeiten, die dem heutigen Menschen im Alltag widerfahren. Die Vorstellung der SPD von Kultur und Kunst gibt beiden ihren Eigenwert. Sie müssen sich frei entfalten können und sie dürfen uns nicht bloß finanzielle Brosamen Wert sein.

Parlamentsanträge der SPD

09.12.2008	Drucksache 14/3737	Die Gesamtanlage Salem und ihre Zukunft im Eigentum des Landrs
14.10.2008	Drucksache 14/3363	Kunst am Bau in BW - Künstlerische, rechtliche und finanzielle Aspekte eines Konzepts der öffentlichen Kulturförderung

Haushalt wieder ins Lot bringen

Baden-Württemberg ist hoch verschuldet: Ende 2008 mit rund 42 Mrd. Euro. Für das Jahr 2009 sollen zwar keine weiteren Schulden hinzukommen, aber bereits für 2010 und 2011 klaffen in der bisherigen Planung wieder Milliardendefizite. Der jährliche Schuldendienst beträgt derzeit allein für Zinsen fast 2 Mrd. Euro. Es gibt deshalb keine vernünftige Alternative zu einem im Normalfall ausgeglichenen Landeshaushalt.

Dies bedeutet in der Praxis, dass der heutige Schuldenstand auf Dauer nicht weiter erhöht werden darf. In den Haushaltsjahren 2007 und 2008 hätte wegen der guten Steuerentwicklung zusätzlich über 1 Mrd. Euro Altschulden getilgt werden können. Die Landesregierung hat mit diesen Überschüssen aber lieber im Landeshaushalt diverse Reservetöpfe angelegt. Nicht nur die Haushaltsklarheit geht auf diese Weise verloren, sondern auch der Blick dafür, ob sich der Landeshaushalt strukturell, also jenseits von Konjunkturzyklen, im Gleichgewicht befindet.

Damit bei einem grundsätzlich ausgeglichenen Landeshaushalt auch die notwendigen Zukunftsinvestitionen, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, getätigt werden können, muss in anderen Bereichen gespart werden. Personalstellen für die Bildung können beispielsweise dadurch gewonnen werden, dass die allgemeine Verwaltung verkleinert wird. Die SPD schlägt deshalb vor, die Regierungspräsidien abzuschaffen und die Landkreise durch größere Regionalkreise zu ersetzen.

Die Landesregierung sollte selbst mit guten Beispiel vorangehen: Das Agrarministerium könnte auf das Wirtschafts- und das Umweltministerium aufgeteilt und das Kultusministe-



rium mit dem Wissenschaftsministerium zu einem Bildungsministerium verschmolzen werden. Das Land sollte seine Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft an die abnehmende Bedeutung des Agrarsektors anpassen.

Unsinnige und immens teure Prestigeprojekte wie die generelle Einführung neuer Steuerungselemente (NSI) passen nicht zu einer sparsamen Haushaltsführung. Dies gilt auch für die jahrelange Selbstbeweihräucherung der Landesregierung mit der Imagekampagne. Auf der anderen Seite sollte bei der Steuerverwaltung mehr Personal eingesetzt werden und die Betriebsprüfung und Steuerfahndung gestärkt werden. Dadurch könnte die Besteuerungspraxis deutlich verbessert werden, so dass mehr Geld in den Steuersäckel fließt.

Erst nach solchen Strukturbereinigungen erhält der Landeshaushalt genügend Spielraum, um ohne dauerhafte neue Schulden die anstehenden Zukunftsaufgaben bewältigen zu können.

Internet

www.fm.baden-wuerttemberg.de
Wichtige Dokumente zu Haushalt und Finanzplanung

Gerechteres Wahlrecht, lebendigere Debatten

Nach langen, zum Teil zähen Verhandlungen haben sich SPD, CDU, Grüne und FDP auf Kernpunkte einer Parlamentsreform verständigt. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die erzielte Vereinbarung sozialdemokratische Handschrift trägt. Mit dem neuen Abgeordnetengesetz, das im April 2008 im Landtag verabschiedet wurde, leistet Baden-Württemberg einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Parlamentarismus in Deutschland.



Reform der Geschäftsordnung lange Zeit taub stellte, ist es am Schluss gelungen, einige positive Akzente bei der inneren Parlamentsreform zu setzen. Dazu gehören Instrumente in der Redeordnung, wie etwa die Regierungsbefragung, die Kurzintervention und die Stärkung der Redezeiten der Fraktionen gegenüber der Regierung.

Die Kritik der Bevölkerung hat sich in den zurückliegenden Jahren insbesondere an den Altersversorgungsansprüchen entzündet, die, beitragsfrei erworben, als überaus großzügig betrachtet wurden. Die künftige Umstellung auf eine eigenständige Altersvorsorge der Abgeordneten ist daher wohl eine der bedeutendsten Änderungen des neuen Gesetzes. Von einer ungerechtfertigten Privilegierung der Parlamentarier gegenüber den Bürgern kann künftig nicht mehr die Rede sein.

Keine Einigung konnte bei der Reform der Wahlkreise und der Zweitauszählung erreicht werden. Die Regierungsfaktionen brachten einen eigenen Gesetzentwurf ein, der von persönlichen Eigeninteressen der CDU- und FDP-Abgeordneten geprägt ist und in weiten Teilen nicht den gemeinsam festgelegten Zielen entspricht. So werden auch nach der Reform 13 Wahlkreise mehr als 15 Prozent von der durchschnittlichen Größe abweichen. Neue Wahlkreise werden historisch gewachsene Verwaltungsgebiete und Lebensräume zerschneiden. Für die Zweitauszählung soll künftig allein das prozentuale Ergebnis ausschlaggebend sein.

Die SPD konnte sich auch mit ihrer Kernforderung, der strikten Unvereinbarkeit von Amt und Mandat, durchsetzen. Einziger Wermutstropfen ist, dass die CDU lediglich bereit war, diese Inkompatibilität erst ab 2016 einzuführen. Ab dann können aktive Beamte dem Landtag nicht mehr angehören. Die SPD konnte auch erreichen, dass in das Parlament mehr Lebendigkeit und mehr Aktualität Einzug halten werden. Obwohl die CDU sich bei der

Parlamentsanträge der SPD

19.03.2008	Drucksache 14/2500	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
11.03.2008	Drucksache 14/2490	Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg
24.07.2007	Drucksache 14/1550	Parlamentsreform

Öffentlich-Rechtliche zukunftsfähig halten

Die SPD spricht sich nachdrücklich für den Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus. Er hat auch künftig im dualen System der elektronischen Kommunikation die unerlässliche mediale Grundversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Das wird auf Dauer nur gelingen, wenn sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht in der Verteidigung seiner klassischen Formen und Inhalte erschöpfen muss, sondern wenn er seinen Programmauftrag dynamisch auslegen kann in Richtung auf ein Angebot, das für neue Publikumsinteressen, Inhalte, Formen und Techniken offen ist.



Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten daher ausdrücklich bei der Einführung neuer digitaler Angebote. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, Programmeile, die mit den Rundfunkgebühren bereits finanziert sind, auch über andere digitale Kanäle erneut abrufen zu können. Das Interesse der Rundfunkgebührenzahler sollte auch für die Landesregierung Priorität vor den Interessen der privaten Anbieter haben.

Die SPD will auf eine breite Medienkompetenz aller Bevölkerungsschichten hinwirken, um die Integration aller in einer modernen Informationsgesellschaft sicherzustellen. Jeder Bürgerin und jedem Bürger muss die Möglichkeit offen stehen, im Wege der Aus- und Weiterbildung die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu erlernen. Die klassischen Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen müssen durch eine "vierte Kulturtechnik" ergänzt werden, nämlich den Umgang mit den elektronischen Medien.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss auch für die Zukunft gewährleistet sein. Die SPD hält an einer allgemeinen und einheitlichen Rundfunkgebühr fest.

Die SPD setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, die Nutzerinnen und Nutzer der neuen Medien vor menschenverachtenden, ausländerfeindlichen, Gewalt verherrlichenden, antisemitischen und neonazistischen Inhalten zu schützen. Mit dem Staatsvertrag zum Jugendmedienschutz, der am 1. April 2005 in Kraft getreten ist, sind die Rahmenbedingungen geschaffen worden. Diese müssen auf ihre Effizienz hin überprüft und bei Bedarf verschärft werden.

Parlamentsanträge der SPD

01.07.2009	Drucksache 14/4749	Gesetzlichen Jugendmedienschutz verbessern
02.04.2009	Drucksache 14/4305	Finanzielle Absicherung der medienpädagogischen Plattform Medi@Culture-Online
11.02.2009	Drucksache 14/4019	Neue Filmkonzeption zügig umsetzen - Medienstandort Baden-Württemberg stärken

Soziale Dimension Europas stärken

Baden-Württemberg ist noch stärker als Deutschland insgesamt aufgrund seiner Exportstärke wirtschaftlich mit Europa verflochten. Auch wegen seiner Grenzlage ist unser Land mit dem europäischen Gedanken in besonderer Weise verbunden. Die interregionale Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit anderen Regionen und Ländern in Europa hat im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Reihe von Gremien und Kooperationsformen hervor gebracht, die heute an die veränderten Anforderungen eines erweiterten Europas angepasst werden müssen. Dies gilt zum einen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee.

Aber auch die sogenannte kleine Außenpolitik Baden-Württembergs muss neu gestaltet werden. Dies gilt zum einen für das regionale Kooperationsmodell "Vier Motoren für Europa" mit Katalonien, Rhône-Alpes und der Lombardei. Zum anderen muss das Osteuropakonzept auf neue Beine gestellt werden.

Die SPD sieht Baden-Württemberg auch in der Verantwortung für ein soziales Europa. Die Europäische Union darf kein Schauplatz für Arbeitsplatzverlagerung in Billiglohnländer und des Wettbewerbs um niedrige Löhne und Sozialdumping sein. Die Europäische Union wird bei den Menschen nur Zustimmung finden, wenn sich zum wirtschaftlichen Erfolg



auch die Bewahrung sozialer Standards für die Arbeitnehmer gesellt.

National gewachsene Strukturen der Daseinsvorsorge und der gemeinwohlorientierten Regulierung von sensiblen Bereichen dürfen nicht durch ein rein ökonomisch ausgerichtetes Einheitsraster der EU-Kommission zerschlagen werden. Dazu gehören der Fortbestand kommunaler Unternehmen, etwa bei Strom, Wasser und Nahverkehr, ebenso wie das Sparkassenwesen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das staatliche Wettmonopol. Die EU sollte nicht versuchen, in diese historisch gewachsenen nationalen Besonderheiten hineinzuregieren, denn sie unterliegen dem Subsidiaritätsprinzip und berühren nicht Regelungskompetenzen auf europäischer Ebene.

Internet

www.spd-europa.de
SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament
www.gebhardt-mdep.de
Aus Baden-Württemberg: Evelyne Gebhardt

Parlamentsanträge der SPD

15.07.2009	Drucksache 14/4837	EU-Strukturpolitik für Baden-Württemberg in der nächsten Förderperiode
09.07.2009	Drucksache 14/4811	Veränderungen im Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Ältere	Seite	45
Agrarprodukte	Seite	17
Arbeit	Seite	5, 6
Arbeitslosigkeit	Seite	6
Ausbildungsplätze	Seite	27/28
Behinderte	Seite	47
Bildung	Seite	26, 27/28, 29, 35/36
Bürgschaften	Seite	10
Chancengleichheit	Seite	42, 47
Datenschutz	Seite	55
Demografischer Wandel	Seite	45
Ehrenamt	Seite	52
Einschulungsuntersuchung	Seite	35
Elementarbildung	Seite	35/36
Energiepreise	Seite	13
Erneuerbare Energien	Seite	19
Erzieherin	Seite	35
Europäische Union	Seite	49
Fachkräftemangel	Seite	14
Familien	Seite	39/40
Finanzpolitik	Seite	57
Flächenverbrauch	Seite	15
Forschungshäuser	Seite	12
Fremdenverkehr	Seite	21
Ganztagsschule	Seite	32
Gesundheit	Seite	46
Gleichstellung	Seite	42
Globalisierung	Seite	5, 11
Grundschule	Seite	32
Grundwasserschutz	Seite	15
Gymnasium	Seite	33
Handwerk	Seite	8/9
Haushalt	Seite	57
Heilbäder	Seite	21
Hochschulen	Seite	37/38
Hochwasserschutz	Seite	15/16
Industrie	Seite	11
Innere Sicherheit	Seite	50/51
Integration	Seite	43
Jugendliche	Seite	52
Jugendmedienschutz	Seite	59
Justiz	Seite	51
Kinder	Seite	39, 52
Kindergarten	Seite	36, 39
Kleinkindbetreuung	Seite	40
Klimaschutz	Seite	19/20
Konjunkturprogramm	Seite	10
Krankenhausbau	Seite	46
Kultur	Seite	56
Landesstraßen	Seite	22

Landesverwaltung	Seite	42
Landwirtschaft	Seite	17
Lebensmittelüberwachung	Seite	54
Lehrer	Seite	31
Lehrerbildung	Seite	30
Medienpolitik	Seite	59
Mietwohnungsbau	Seite	41
Mindestlohn	Seite	7
Mittelstand	Seite	8/9, 12
Nährwertkennzeichnung	Seite	54
Naturparke	Seite	18
Naturschutz	Seite	18
ÖPNV	Seite	24
Orientierungsplan	Seite	36
Parlamentsreform	Seite	58
Pflegeheim	Seite	48
Polizei	Seite	50
Privatisierung	Seite	49
Radwege	Seite	25
Rechtsstaat	Seite	50
Rheintalbahn	Seite	23
Rundfunk	Seite	59
Schiennenverkehr	Seite	23, 24
Schule	Seite	29, 31
Schulkonferenz	Seite	31
Schulstruktur	Seite	32/33
Soziale Marktwirtschaft	Seite	5
Sozialstaat	Seite	44
Sport	Seite	53
Sprachförderung	Seite	35, 43
Stadtwerke	Seite	13
Studiengebühren	Seite	37, 38
Tarifverbände	Seite	24
Technologiepolitik	Seite	12
Teilhabe	Seite	44, 45
Tempolimit	Seite	20
Tourismus	Seite	21
Umweltschutz	Seite	15/16
Unterrichtsversorgung	Seite	34
Verbraucherschutz	Seite	54
Verschuldung	Seite	57
Volkshochschulen	Seite	14
Wachstum	Seite	5
Wahlkreisreform	Seite	58
Wasserversorgung	Seite	49
Weiterbildung	Seite	11, 14
Werkrealschule	Seite	32
Wettbewerb	Seite	5
Windkraft	Seite	19
Wissensgesellschaft	Seite	26
Wohlstand	Seite	5

Parlamentsanträge

Die in dieser Broschüre aufgeführten Parlamentsanträge der SPD finden Sie alle auf der Homepage des Landtags: www.landtag-bw.de Gehen Sie einfach in den Bereich Dokumente und dann in die Parlamentsdokumentation. Dort können Sie die Drucksachennummer eingeben und schon wird der gesuchte Parlamentsantrag als PDF zum Herunterladen angezeigt.

Abo-Service

Die SPD-Landtagsfraktion gibt noch andere Publikationen heraus:

- **"Abgeordnete zum Greifen nah"** ist das kleine, handliche Heftchen mit allen Adressen, Ansprechpartnern und Funktionen.
 - **"Wortmeldung"** ist das Bürgermagazin mit einer bunten Mischung aus Politik und Unterhaltung.
 - **"Standpunkt"** bringt umfangreichere Positionspapiere zu ausgewählten Zukunftsthemen.

Sie haben Interesse? Kein Problem, wir nehmen Sie gerne in unseren **Verteiler** auf.

Alle Publikationen sind natürlich kostenlos. Bestellungen richten Sie bitte an:

Telefon 0711 2063-728, Telefax 0711 2063-714

zentrale@spd.landtag-bw.de

Newsletter

Im **Newsletter** bekommen Sie aktuelle Infos über die politische Arbeit der SPD.

Immer einen Tag vor den Plenartagen erscheint die Ausgabe der Landtagsfraktion mit parlamentarischen Initiativen. Das Anmeldefenster finden Sie auf unserer Homepage

www.spd.landtag-bw.de Selbstverständlich erhalten Sie eine Bestätigungsmail.

Bildungsaufbruch

Die SPD-Landtagsfraktion hat unter dem Motto "Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg" eine Kampagne für bessere Bildung für alle gestartet. Dazu gibt es folgende Materialien:

- Ein **Flyer** fasst Leitideen, Reformschritte und Mitmachangebote zusammen.
- Eine bebilderte **Broschüre** entfaltet auf 20 Seiten das Bildungskonzept der SPD.

www.spd.landtag-bw.de hat einen eigenen Kanal für den Bildungsaufbruch. Dort gibt es viele Materialien als PDF. Natürlich findet man im Internet auch alle Ansprechpartner und landesweite Termine der Kampagne.



Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD